

Anne Hartmann
Wolfram Eggeling

Sowjetische Präsenz
im kulturellen Leben der SBZ
und frühen DDR 1945–1953

edition
bildung und
wissenschaft

band 7

herausgegeben von
Manfred Heinemann

In Zusammenarbeit mit dem
Lotman-Institut für russische und sowjetische Kultur
und dem Institut für Deutschlandforschung der Ruhr-Universität Bochum

Veröffentlichung des
Zentrums für Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft
der Universität Hannover

edition
bildung und
wissenschaft

Anne Hartmann
Wolfram Eggeling

**Sowjetische Präsenz
im kulturellen Leben der SBZ
und frühen DDR 1945–1953**



Akademie Verlag

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Einbandgestaltung unter Verwendung eines Plakats von I. M. Toidze:
„Unter dem Banner Lenins, unter der Führerschaft Stalins,
vorwärts zum Sieg des Kommunismus!“ (Moskau/Leningrad 1949)

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Hartmann, Anne / Eggeling, Wolfram:

Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953. /

Anne Hartmann / Wolfram Eggeling. – 1. Aufl. – Berlin : Akad. Verl., 1998

(Edition Bildung und Wissenschaft ; 7)

ISBN 3-05-003089-5

1. Auflage 1998

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1998

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der R. Oldenbourg-Gruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984
bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Satz: Universität Hannover, Forschungsstelle EDV

Druckvorbereitung: Druckreif Medientechnik GmbH, Langenhagen

Druck: Hahn-Druckerei GmbH & Co., Hannover

Bindung: Druckhaus „Th. Müntzer“ GmbH, Bad Langensalza

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	XI	
1	Einleitung: Sowjetisches Modell und nationale Prägung	1
2	Rahmenbedingungen	9
2.1	Zum politischen Kontext	9
2.1.1	Von der Kooperation zur Konfrontation zwischen den Verbündeten	10
2.1.2	Pläne für das besiegte Deutschland	12
2.1.3	Der Ausbruch des Kalten Krieges	14
2.1.4	Konsequenzen für Deutschland	17
2.2	Der kulturpolitische Hintergrund in der Sowjetunion 1945 bis 1953	23
2.2.1	Die Situation bis 1946	23
2.2.2	Der Fall Sostschenko	25
2.2.3	Die Folgen der Parteierlasse von 1946/48	28
2.2.4	Zur Person Alexander Fadejews	29
2.2.5	Vom Kampf gegen den „wurzellosen Kosmopolitismus“ bis zur Entlarvung der „Theorie der Konfliktlosigkeit“	31
3	Der Kalte Krieg als entscheidender Faktor des literarischen Lebens	35
3.1	Zum Ausbruch der Ost-West-Kontroverse auf dem I. Deutschen Schriftstellerkongreß im Oktober 1947	35
3.1.1	Vor- und Umfeld des Kongresses	36
	Streit der Konzeptionen in der Planungsphase	36
	Propagandistische Scharmützel	39
	Das ‚Verbot‘ des Kulturbunds	41
	Exkurs: Der Kalte Krieg als „reaktive Mechanik“	46
3.1.2	Zum Kongreßverlauf	48
	Die Reden der deutschen Teilnehmer	49
	Streitfälle und Provokationen	51
	Die Mitglieder der sowjetischen Delegation und ihre Ausführungen	53
3.1.3	Pressereaktionen	58
3.1.4	Nachspiel	61
3.2	Der Wroclawer Kongreß (1948) und die Friedensbewegung: Stalinisierung mittels Friedenskampf	63

3.2.1	Intentionen und Erwartungen	63
3.2.2	Zum Ablauf des Kongresses	66
	Profil der Delegationen	66
	Der Eklat: Die Fadejew-Rede	68
	Sowjetische Initiativen der ‚Abfederung‘	70
	Britische und amerikanische Gegenreden	72
3.2.3	Dimensionen des Kongresses	74
3.2.4	Die Ausweitung der Friedensbewegung zur internationalen Kampagne	79
	Die Krux der Friedensbewegung: Stalins Führungsanspruch	79
	Eine Gegenoffensive: Der Kongreß für kulturelle Freiheit. Mit einem Exkurs: Der Prozeß Krawtschenko gegen „Lettres françaises“	82
	Errichtung der sowjetischen Friedensfront	86
	Zur Übernahme der Friedenskampagne in der DDR	87
3.2.5	Konsequenzen für das literarische Leben in der DDR	92
4	Sowjetisches Modell und öffentliches Leben in der SBZ/DDR	95
4.1	Die Angleichung an die Sowjetunion in Politik und Gesellschaft	95
4.1.1	Exkurs: Befund – Antisowjetismus	101
	Objektive und subjektive Ursachen der sowjetfeindlichen Stimmung	101
	Die „Klärung“ des Verhältnisses zur Sowjetunion 1948/49	107
	„Über ‚die Russen‘ und über uns“ – eine Kampagne	108
4.2	Übernahme des sowjetischen Wirtschaftsmodells	111
4.2.1	Einführung der Planwirtschaft	111
4.2.2	Eine Kraft von unten: Die Betriebsräte	112
4.2.3	Auf Anordnung von oben: Aktivistenbewegung und sozialistischer Wettbewerb	114
	Der Aufbau eines Helden der Arbeit	114
	Das Vorbild: Stachanow und die sowjetische Aktivistenbewegung	116
	Ausbau und Auswirkungen der Aktivistenbewegung in der SBZ	121
4.2.4	Zur Übernahme sowjetischer Verfahren in der Landwirtschaft	129
4.2.5	Exkurs: Von Gremjatschi Log nach Katzgraben. Zur Wirkung und Aneignung der sowjetischen Produktionsliteratur	132
	Romane des industriellen Aufbaus: Fjodor Gladkow – Eduard Claudius	133
	Kolchosliteratur: Michail Scholochow – Erwin Strittmatter	138
5	Kulturtransfer und Eigendynamik der literaturpolitischen Entwicklung	145
5.1	Einleitung: Zeitverschiebungen	145
5.2	Außensteuerung: Zum Wirken der sowjetischen Kulturoffiziere	147
5.2.1	Zur Stellung der Kulturoffiziere innerhalb der SMAD	147
5.2.2	Wiederbelebung des deutschen Kulturbetriebs durch sowjetische Kulturoffiziere	148
	Werben um das Bürgertum	152
	„Züge einer neuen Kunst“; Kampfansage gegen den Formalismus	157
5.2.3	Zu den Abberufungen	162
5.2.4	Kulturoffiziere: Zwei Porträts	165

Sergej Tjulpanow	165
Alexander Dymshitz	167
5.2.5 Der Einfluß Moskaus: Die Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (WOKS)	174
Zum Profil der WOKS	174
SMAD und WOKS. Zum Alltag der Kulturoffiziere.	176
5.2.6 Das Haus der Kultur der Sowjetunion	181
5.3 Internalisierung: Zur Ausübung stalinistischer Kulturpolitik durch die SED	185
5.3.1 Aufbau einer Kulturverwaltung	185
Zum Kaderprinzip und zur Zensurpraxis	186
5.3.2 Selbstverständnis und Funktion des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“	188
Gratwanderung: Zwischen Überparteilichkeit und Abhängigkeit	188
Kulturverein oder politische Vereinigung?	193
5.3.3 Schriftsteller und Parteipresse. Ein Exempel zum Thema SED und Intellektuelle	196
Das ‚offene Gespräch‘	198
Die ungehörten Appelle	203
Die Durchsetzung der „Presse neuen Typus“	206
5.3.4 Ideologische Schulung und ‚Schulungsideologie‘	208
5.3.5 Erteilung des „sozialen Auftrags“	213
5.3.6 Die Formalismuskampagne von 1951	216
Auswirkungen auf das kulturelle Klima	219
Exkurs: Institutionalisierung des sozialistischen Realismus	221
5.3.7 Der 17. Juni und die Intellektuellen	223
Stalins Thesen zur Sprachwissenschaft als ‚Strohalm‘ für die Intellektuellen	223
„Warum diskutieren wir nicht darüber?“	
Kritische Stimmen im Umfeld des 17. Juni	225
6 Institutionengeschichte: Das Beispiel der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft	231
6.1 Die DSF als Ergänzung zum Kulturbund: Aufgabenverteilung	231
6.2 Die Leitung der DSF	232
6.2.1 Die Führungsspitze der DSF in den ersten Jahren	232
6.2.2 Jürgen Kuczynski und Hans Mark als Opfer der antisemitischen Kampagne	234
6.2.3 Die Neubesetzung des Präsidiums und Sekretariats	236
6.3 Zur Gründungsgeschichte der DSF	237
6.3.1 Gruppierungen im Vorfeld	237
6.3.2 SMAD und SED als Initiatoren	238
6.3.3 ‚Pioniere‘ der „Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion“	240
6.4 Organisationsstruktur und Mitgliederzahlen	241
6.4.1 Zum Aufbau in den einzelnen Landesgesellschaften	241
6.4.2 Die Kulturhäuser der DSF	242
6.4.3 Die Namensänderung 1949	243
6.4.4 Die Umgestaltung zur Massenorganisation	244

6.4.5	Zur Organisationsstruktur und Kaderfrage	250
6.4.6	Das Verhältnis von SED und DSF	254
6.5	Programmatik und Konzeptwandel	256
6.5.1	Das Operieren mit einem doppelten Kulturbegriff	256
6.5.2	Die Freundschaft zur Sowjetunion als Bekenntnis	258
6.6	DSF und WOKS	259
6.7	Publikationsorgane: Fallstudie „Friedenspost“	262
7	Gegenseitige Wahrnehmung	273
7.1	Belehrung, Bekehrung, Beglaubigung. Reisen deutscher Schriftsteller in die Sowjetunion (1948/1953)	273
7.1.1	Die Delegation von 1948	274
	Zum Profil der Auslandskommission	274
	Zum Delegationsprofil	276
	Reiseberichte	278
	Die Literaturdiskussion	284
7.1.2	Schriftstellerbegegnung 1953	289
	Zu den Teilnehmern	290
	Die Gesprächsrunden	292
7.2	Rezeptionsvorgänge	299
7.2.1	Sowjetische Literatur in der SBZ und frühen DDR	299
	Literarische Kanonbildung	305
	Literaturbegriff und Funktionszuweisungen	309
	Transferhemmnisse	314
7.2.2	Die Literatur der SBZ/DDR auf dem Prüfstand der sowjetischen Literaturkritik	315
	Ausmaß und Intensität der Beobachtung	316
	Bewertungen von Autoren und Werken: Becher, Brecht, Kellermann, Seghers, Kuba, Wolf, Claudius	316
	Mechanismen und ‚Hebel‘ der sowjetischen Literaturkritik	327
7.3	Die Situation der sowjetischen Besatzung und die deutsche Nachkriegswirklichkeit im Roman	329
7.3.1	Aus der Sicht des Überlegenen: Sowjetische Gegenwartsliteratur über die Nachkriegszeit	329
	Einleitende Überlegungen	329
	Alltag an der Demarkationslinie. Die Besatzungsmächte zwischen Kooperation und prinzipieller Abgrenzung: Gebrüder Tur/Lew Schejnin „Oberst Kusmin“	332
	Die Aufrechten. Deutsche Kommunisten in der amerikanischen Zone: Alexander Dymshitz „Jenseits der Elbe“	335
	Verlorener Sohn. Vom Stahlschmelzen „auf sowjetisch“ und dessen Unterwanderung: Anatoli Sofronow „Anders kann man nicht leben“	337
	Erste Begegnungen. Der „Marsch auf Berlin“ und die Vorgänge im Hinterland: Emmanuel Kasakewitsch „Frühling an der Oder“	340
	Der Stadtkommandant. Vorbild beim Aufbau und Opfer SMAD-interner Mechanismen: Emmanuel Kasakewitsch „Das Haus am Platz“	344

Der Roman im Roman. Planmäßige Entwicklung und genormter Bewußtseins- wandel in Wirtschaft und Kultur: Wadim Sobko „Irgendwo in Deutschland“ . . .	350
Kleinbürger unter der Lupe. Von der Gefahr der Orientierungslosigkeit und wie man ihr entrinnt: Wladimir Pomeranzew „Die Tochter des Antiquars“	354
7.3.2 Zwischen freiwilliger Hommage, fälligem Tribut und kritischer Korrektur:	
Die deutsche Sicht der Besatzungsära im Roman	361
Perspektive der Gemeinsamkeit. Die Chronik einer gelingenden Wandlung: Willi Bredel „Ein neues Kapitel“	362
Die erste Begegnung. Exponierung symbolträchtiger Handlungen. Otto Gotsche „Tiefe Furchen“	366
Das Verhalten des einzelnen. Spiegelung der weltpolitischen Situation in der Familiensaga: Ludwig Turek „Familie Nagelschwert“	367
Annäherung im Entwicklungsroman. Die Reifung des jungen Helden: Erik Neusch „Am Fluß“	369
Das Bekenntnis zur unliebsamen Wahrheit. Aufarbeitung der Vergangenheit in der Lebensrückschau: Werner Heiduczek „Tod am Meer“	371
„latente balancen sich zusammenbauender konflikte“. Der pikarische Held durchstreift die Nachkriegsszenerie: Erwin Strittmatter „Der Wundertäter III“ . . .	372
Besatzungsvakuum. Das utopische Moment einer Geschichte, wie sie hätte sein können: Stefan Heym „Schwarzenberg“	377
8 Schlußbemerkungen	381
9 Editorische Notiz	385
10 Verzeichnis der Abkürzungen	387
11 Interviews und schriftliche Befragungen	391
12 Eingesehene Archive	393
13 Literaturverzeichnis.	395
13.1 Dokumente und Quellen	395
13.2 Memoiren und literarische Werke	396
13.3 Darstellungen	400
14 Personenregister	419

Vorwort

Die Entstehung dieses Buches ist mit dem Umbruch, der sich im vergangenen Jahrzehnt in Osteuropa vollzog, aufs engste verbunden. Die ersten konzeptionellen Entwürfe fallen noch in eine Zeit, als die Stagnation in der Sowjetunion, aber auch der DDR keineswegs die Erschließung neuer Quellen in größerem Umfang verhiß. Dennoch waren Prof. Dr. Karl Eimermacher (Slavistik) und Prof. Dr. Paul Gerhard Klussmann (Germanistik), Ruhr-Universität Bochum, als sie den Antrag auf Förderung des Projekts „Sowjetkultur und literarisches Leben in der DDR. Geschichte und Strukturen eines Spannungsverhältnisses“ bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft stellten, von der Möglichkeit des Erkenntnisgewinns gerade unter neuartigem interdisziplinärem Blickwinkel überzeugt. Unverhofft ergab sich dann die Chance zu umfangreicher Akteneinsicht, als sich allmählich die Archive in Osteuropa, zunächst in der Sowjetunion und schließlich auch in der ehemaligen DDR, öffneten.

In Moskau gehörten wir im Frühsommer 1989 mit zu den ersten ‚Westlern‘, die Einsicht in Archivmaterialien zur kulturellen Außenpolitik der Sowjetunion in der Nachkriegszeit nehmen konnten. Archivreisen dieser Art waren damals (und das hat sich seither nur graduell, jedoch nicht grundsätzlich geändert) Expeditionen ins Unbekannte; nicht nur, was bislang unerschlossene Dokumente betraf, sondern vor allem auch hinsichtlich der Unwägbarkeiten und Hindernisse auf dem Weg zu diesen Archivalien. Eine Arbeitszusage seitens der sowjetischen Archive bedeutete keineswegs den problemlosen Zugang zu Findbüchern und Dokumenten. Daß und wie sich die Türen und Aktenschränke dann meist doch öffneten, gehört jenseits aller wissenschaftlichen Ergebnisse zu den eindrucksvollen Erfahrungen dieser Reisen. Auch die ersten Besuche von Archiven in der DDR 1989/90 hatten ‚Pioniercharakter‘. Mehrfach gab man uns zudem zu verstehen, daß wir im Grunde nicht befugt seien, mit unseren Forschungen DDR-eigenes Terrain zu betreten. Erst allmählich normalisierten sich die wissenschaftlichen Kontakte und die Arbeitsmöglichkeiten in den Archiven, die zum Teil während längerer Phasen der Umstrukturierung geschlossen waren. Mit jedem weiteren Bestand, der zugänglich wurde, ergaben sich auch neue Perspektiven, die die einzelnen Etappen unserer Arbeit bestimmten.

Ohne das nie nachlassende Engagement von Paul Gerhard Klussmann und Karl Eimermacher, ihre Kompetenz in der Sache und ihre vielfältige Hilfe hätten die ‚dürren‘ Entwürfe der Anfangszeit niemals Gestalt annehmen können. Ihnen danken wir an erster Stelle. Herzlich danken möchten wir auch der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das Forschungsprojekt über mehrere Jahre hinweg großzügig, bis an die Grenzen des ihr Möglichen gefördert hat; vor allem Dr. Manfred Briegel, der das Vorhaben von Beginn an unterstützt und mit Ermutigung begleitet hat. Ohne sie einzeln nennen zu können, gilt unser Dank ferner den vielen Archiv- und Bibliotheksmitarbeitern, die von München bis Moskau bei der Beschaffung und Bereitstellung von Büchern

und Dokumenten behilflich waren und durch deren persönlichen Einsatz es nicht selten gelang, bürokratische Hürden zu überwinden. Die Gespräche mit den im Anhang genannten Zeitzeugen aus der Sowjetunion und der DDR erschlossen uns nicht nur die damalige kulturpolitische Atmosphäre und die Beweggründe der Akteure, sondern bedeuteten auch – gerade in der Anfangsphase unserer Arbeit – Wegweisung und Ermunterung. Außer ihren Hinweisen waren uns Anregungen, Informationen und kritische Einwände von Freunden und Kollegen aus dem Osten wie dem Westen wichtig. Unter denen, die selbstlos Anteil genommen haben, seien Charlotte Wasser, Ursula Heukenkamp, Fritz Mierau, Lutz Winckler, David Pike, Jean Mortier und Carsten Gansel besonders genannt.

Von großer Hilfe waren uns Iris Bäcker, Luise Iwan und Ralph Wenzel bei der Literaturbeschaffung, bibliographischen und redaktionellen Arbeiten und bei der datentechnischen Aufbereitung des Textes. Sabine Peters richtete das Manuskript mit großer Sorgfalt für den Druck ein. Für die Aufnahme unserer Untersuchung in die Reihe „edition bildung und wissenschaft“ gilt Prof. Dr. Manfred Heinemann unser herzlicher Dank. Daß sie den Weg zu den Lesern findet, verdanken wir nicht zuletzt dem von der DFG gewährten Druckkostenzuschuß. Am Ende und doch mit Vorrang danken wir unseren Familien, die die Belastungen einer solchen Arbeit geduldig und verständnisvoll mitgetragen haben.

Anne Hartmann und Wolfram Eggeling, Bochum im September 1997

1 Einleitung: Sowjetisches Modell und nationale Prägung¹

Die enge Orientierung der SBZ und frühen DDR am Vorbild der Sowjetunion ist unbestritten, sei sie als „Sowjetisierung“ geschmäht oder als „Freundschaftsbund“ gelobt. Die These vom sowjetischen Einfluß auf das literarische Leben in der DDR wurde entsprechend häufig reproduziert; im Detail belegen läßt sie sich jedoch erst seit der Öffnung bedeutender Archive in Moskau und Ostberlin. Gerade die doppelte Sicht auf kulturpolitische Prozesse in der Sowjetunion wie in der SBZ/DDR erhellt die Mechanismen von Transfer und Rezeption, Maßnahmen und ihrer Umsetzung, verordneten Mustern und gegenläufigen Impulsen, Oktroi und bereitwilliger Anpassung. Mit dem Begriff „sowjetische Präsenz“ soll das Gesamt dieser Vermittlungsmodalitäten beschrieben werden, die von der unmittelbaren Steuerung bis zur (in)direkten Vorbildwirkung reichten. Es handelt sich eben nicht, wie die Rede vom ‚sowjetischen Einfluß‘ oder gar der ‚Sowjetisierung‘ beinhaltet, um einen bloßen Transfer vom Geber zum Nehmer, sondern um einen zweiseitigen Prozeß, bei dem die Deutschen bei aller Abhängigkeit einen durchaus eigenständigen Part spielten.

Was die sowjetische Parteiführung, die wichtigsten Repräsentanten der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD), aber auch führende Kräfte der SED in Deutschland zu etablieren suchten, läßt sich mit dem Begriff „sowjetisches Modell“ am besten erfassen. Darunter wird eine die Bereiche Politik, Ideologie, Ökonomie, Gesellschaft und Kultur umfassende Formation verstanden, die sich unter stalinistischen Vorzeichen in der Sowjetunion seit den 20er Jahren ausbildete und bis in die fünfziger Jahre hinein weitgehend homogen war. Dieses sowjetische Modell ist mit seiner Genese und Existenz unmittelbar an das Bedürfnis nach Machtergreifung und -ausübung gebunden; mit diesem Anspruch wurden nach Kriegsende die osteuropäischen Nachbarländer und die SBZ konfrontiert, zum Teil verfolgten hier die kommunistischen Parteien aber auch ähnliche Intentionen. Zu dem sowjetischen Modell der 20er bis 50er Jahre gehören Merkmale wie: Einparteienherrschaft, absoluter Wahrheitsanspruch der Ideologie, umfassende Kontrolle aller Gesellschaftsbereiche (Zensur), das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, Planwirtschaft. Das sowjetische Kulturmodell ist Bestandteil dieses gesamten Gefüges und kein isolierter Bereich. Denn mit „Kultur“ sind nicht nur die künstlerischen Werke oder etwa die Methode des sozialistischen Realismus gemeint, sondern auch deren Abhängigkeit von der Politik und die Vernetzung mit der Ideologie in ihrer Funktion, das Verhältnis zur

1 Grundlegend dazu: Eimermacher, Zur Frage der Rekonstruktion, S. 334–341. Zum Methodischen vgl. weiter: Borcke/Simon, Neue Wege der Sowjetunion-Forschung, S. 11–64; Gransow, Konzeptionelle Wandlungen, bes. S. 182–187; Mommsen-Reindl, Interpretationsmodelle, S. 16–26. Zur DDR als Thema der Zeitgeschichte nach ihrer staatlichen Auflösung vgl. Die DDR als Geschichte.

Welt und zur gesellschaftlichen Wirklichkeit zu klären und verbindlich zu bestimmen. Dazu gehören natürlich auch die Institutionen, von der Zensurbehörde bis zum Schriftstellerverband, die diese Vorgaben durchsetzen und als ‚Transmissionsriemen‘ zwischen Partei, Intellektuellen und Gesellschaft fungieren sollten.

Bei aller Homogenität war das sowjetische Modell durchaus nicht statisch. Anstöße zur Transformation konnten ‚von oben‘ erfolgen, d. h. von der Parteiebene, etwa als Stalin selbst 1950 mit seiner Schrift „Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft“ bisher geltende Dogmen wie die vom „Klassencharakter der Sprache“ außer Kraft setzte; sie wurden aber auch ‚von unten‘, von literarischen oder künstlerischen Werken bzw. von der Literatur- oder Kunstkritik, gegeben, z. B. als 1952/53 die sich ausfächernde Literaturkritik gegen die „Lackierung der Wirklichkeit“ ästhetische Wertvorstellungen der Wahrhaftigkeit ins Zentrum rückte. Auch für solche Vorgänge waren bestimmte politische Konstellationen ausschlaggebend.

Während politische, ökonomische oder kulturelle Modelle im Regelfall aufgrund ihrer Attraktivität rezipiert, aufgenommen und umgesetzt werden, ergab sich mit der Besatzung in Deutschland eine grundsätzlich andere Situation. Schlagartig sah sich die Bevölkerung nach dem Einmarsch der Roten Armee mit dem sowjetischen Modell in seiner stalinistischen Prägung konfrontiert, das im Hause des Siegers seit langem etabliert war. Überraschend war dann, daß zunächst gezielt kein Modelltransfer betrieben wurde. Diese Phase der Ungleichzeitigkeit wurde durch die forcierte Angleichung (1948 bis 1950/51) und die vertiefende Verankerung wesentlicher Teile des sowjetischen Modells in der Lebenswelt der DDR (ab 1951/52) abgelöst. Spannungen waren dadurch vorgegeben, daß das fremde Modell beim Transfer bzw. der Übernahme auf die Beharrungskräfte nationaler Traditionen stieß. Dies führte etwa auf dem Produktionssektor, aber auch im Bereich der Literatur und Kunst zu teilweise schroffen Zusammenstößen. In den politisch-ideologisch relevanten Kernbereichen wurde versucht, das sowjetisch-stalinistische Modell in toto autoritativ zu installieren, ohne daß man dies jeweils klar zu erkennen gab; auf nebensächlichen Terrains konnte es als Handlungsrahmen eingeführt werden, der im Sinne der landeseigenen Bedürfnisse und Bedingungen auszufüllen und zu verändern war; lediglich „Nischen“ (z. B. Brauchtum, Laienspielgruppen, Philatelisten) wußten sich bisweilen erfolgreich gegen das Modell abzuschirmen. Die führenden, gut geschulten und in der Mehrzahl Sowjetunion-erfahrenen Politiker der SED verfügten über eine breitere Kenntnis des sowjetischen Modells als die mittleren und unteren Kader oder gar der Bevölkerungsdurchschnitt, so daß auf den verschiedenen Ebenen durchaus unterschiedliche Modellvorstellungen bestanden. In einem langwierigen Prozeß wurden – in Augen der SED – fehlerhafte oder unzureichende Ansichten ‚überwunden‘. Im Jahr 1953 kam es zu einer erneuten Zeitverschiebung zwischen der sowjetischen und der deutschen Situation, weil hier der Dogmatismus der SED durchaus querlief zu Öffnungstendenzen in der UdSSR. Für die Intellektuellen in der DDR war diese Gemengelage von politischen Einflüssen und Abgrenzungen von vitalem Interesse.

Von daher ist die Konzentration auf die ersten acht Nachkriegsjahre für die Untersuchung der sowjetischen Präsenz im kulturellen Leben der DDR am ertragreichsten, und zwar ganz abgesehen von den direkten sowjetischen Interventionen in den deutschen Kulturbetrieb, die die Besatzungssituation mit sich brachte: Damals war die sowjetische Präsenz (in all ihren Facetten) umfassend; in jener Zeit wurden Strukturen angelegt und Weichenstellungen vorgenommen, die die gesamte Existenz der DDR geprägt haben. Die Geschichte der DDR ist gerade jetzt, von

ihrem Ende her, nur nachvollziehbar, wenn man die Vor- und Frühgeschichte mit ihren maßgeblichen Optionen, Diskussionen und strukturbestimmenden Entscheidungen rekonstruiert.

Daß sich Untersuchungen über die Nachkriegszeit in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands derzeit einer gewissen Konjunktur erfreuen, ist daher durchaus berechtigt. Die seit 1989 mögliche umfassende Akteneinsicht gestattet nicht nur eine Erhärtung früherer Vermutungen, sondern die Dokumente erlauben bisweilen Einblick in unbekannte Zusammenhänge oder erfordern gar eine Korrektur bisheriger Geschichtsschreibung der Kulturpolitik. Für die Autoren aus der früheren DDR entfallen die bis Ende der 80er Jahre obligaten ideologischen Rücksichtnahmen.

Mit dem von Martin Broszat und Hermann Weber edierten „SBZ-Handbuch“ liegt seit 1990 ein gründliches Nachschlagewerk über „Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945 bis 1949“ vor. Spezialuntersuchungen zu bestimmten Daten, wie dem 17. Juni 1953, und über einzelne Aspekte der Nachkriegspolitik, etwa das Parteienwesen, die Reparationsleistungen, die Praktiken der SED und das Überwachungssystem der Staatssicherheit haben den Kenntnisstand über Konstellationen und Vorgänge in der Gründungs- und Frühphase der DDR erheblich verbreitert, vor allem auch Desinformationen durchschaubar gemacht.

Zum Verhältnis von Politik und Kultur in den Jahren 1945–1949 legten David Pike, Jens Wehner und Gerd Dietrich umfängliche Untersuchungen vor. Pike konzentriert sich in seinem Buch „The Politics of Culture in Soviet-Occupied Germany, 1945–1949“ (1992) vor allem auf die rhetorischen Strategien, die den (Pike zufolge) von vornherein angelegten Stalinisierungsprozeß vorbereiteten, begleiteten oder verbrämen. Wehner arbeitet in seinem Buch „Kulturpolitik und Volksfront. Ein Beitrag zur Geschichte der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949“ (1992) vor allem den Zusammenhang zwischen den Vorplanungen während des Exils und den Nachkriegskonzepten heraus. Dietrich stellt die kulturpolitische Strategie der KPD/SED und ihren Einfluß auf die kulturellen Prozesse in den Mittelpunkt seiner 1993 vorgelegten Analyse „Politik und Kultur in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945–1949“.

Auch wurde inzwischen eine Reihe von Analysen über kulturpolitisch und kulturell zentrale Institutionen der Nachkriegszeit publiziert. Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) legte zunächst Jens Gieseke eine materialreiche Magisterarbeit „Von der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion zur Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft in der SBZ/DDR 1947–1949“ (Hannover 1989) vor. Lothar Dralle veröffentlichte 1993 eine vor allem auf dem Aktenbestand des DSF-Archivs basierende Analyse „Von der Sowjetunion lernen, ... Zur Geschichte der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“. Von den Verfassern der vorliegenden Untersuchung wurde – auch unter Auswertung von russischen Quellen – 1993 eine Studie über „Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft. Zum Aufbau einer Institution in der SBZ/DDR zwischen deutschen Politikzwängen und sowjetischer Steuerung“ publiziert.

Ursula Heukenkamp wies 1990 in zwei Beiträgen „Geistige Auseinandersetzung. Das Konzept der demokratischen Erneuerung der Kultur im Spiegel der Zeitschrift ‚Sonntag‘ (1946–1948)“ (Weimarer Beiträge 4/1990) und „Ein Erbe für die Friedenswissenschaft. Das Konzept der

kulturellen Erneuerung in der SBZ (1945–1949)“ (in: Unerwünschte Erfahrung) auf die Spezifik des Kulturbund-Konzepts in den ersten Nachkriegsjahren hin. Eine Spezialuntersuchung von Verena Blaum „Kunst und Politik im SONNTAG 1946–1958. Eine historische Inhaltsanalyse zum deutschen Journalismus der Nachkriegsjahre“ (1992) bestätigt diesen Befund. Magdalena Heider zeichnet in ihrer Monographie „Politik – Kultur – Kulturbund“ die „Gründungs- und Frühgeschichte des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands 1945–1954 in der SBZ/DDR“ (1993) nach. Zahlreiche Zeitschriftenbeiträge ergänzen die einschlägige Forschungsliteratur.

Gut dokumentiert sind inzwischen verschiedene (kultur)politisch relevante Diskussionen: Zum Fall „Rudolf Herrnstadt“ gab seine Tochter Nadja Stulz-Herrnstadt 1990 „Das Herrnstadt-Dokument. Das Politbüro der SED und die Geschichte des 17. Juni 1953“ heraus. Das Verhältnis „SED und Intellektuelle in der DDR der fünfziger Jahre“ erhellen die 1990 von Magdalena Heider und Kerstin Thöns edierten „Kulturbundprotokolle“. Über die Rituale der stalinistischen Kritik und Selbstkritik informieren der von Reinhard Müller 1991 edierte Band „Die Säuberung. Moskau 1936: Stenogramm einer geschlossenen Parteiversammlung“ und das von Viktor Knoll und Lothar Kölm 1993 edierte „Protokoll einer Abrechnung“: „Der Fall Berija. Das Plenum des ZK der KPdSU Juli 1953“. „Der gespaltene Dichter Johannes R. Becher“ wird in Gedichten, Briefen und Dokumenten aus den Jahren 1945–1958 greifbar, die Carsten Gansel 1991 vorlegte. Aufschluß über das Verhalten der kulturellen Prominenz geben auch Memoiren, etwa Walter Jankas Autobiographie „Spuren eines Lebens“ (1991) und Hans Mayers „Der Turm von Babel. Erinnerung an eine Deutsche Demokratische Republik“ (1991). Die genannten Veröffentlichungen mit dokumentarischem oder autobiographischem Charakter bieten für unser Thema unterstützendes Material ebenso wie die Literatur zur Berliner Szenerie² mit ihrer rekonstruierend/erinnernden Darstellung der „Anfänge“, der Lebenssituation unter verschiedenen Besatzungsmächten, der Wiederaufnahme des Kulturbetriebs, der Neuformierung kultureller Institutionen, persönlicher Demarchen, Konflikte und Intrigen.

Die in der Nachkriegszeit ausgeprägten Verhaltensmuster bestimmten die Stellung und Stellungnahmen der Künstler und Schriftsteller gegenüber Partei und Staat bis in die Gegenwart. Die Untersuchung des sowjetischen Faktors innerhalb der kulturellen Entwicklung der DDR gewinnt dadurch zusätzliche Brisanz (im Blick auf die gesamte DDR-Geschichte), zumal in der Sowjetunion alle Spielarten des „verführten Denkens“ vorgeprägt waren. Außerdem ist die ‚Stalinisierung‘ nur dann nachzuvollziehen, wenn man sie nicht als rein deutsche Entwicklung betrachtet, sondern ihre vielfältige Abhängigkeit von sowjetischen Interessen, Weisungen und Vorbildfunktionen aufarbeitet. Aber gerade dieser Aspekt ist auch in der aktuellen Zeitgeschichtsforschung kaum berücksichtigt. Die für die Nachkriegsgesellschaft zentrale Auseinandersetzung mit dem sowjetischen Modell ist bisher nicht aufgearbeitet³.

In der Sowjetunion/GUS fehlen nach wie vor Untersuchungen zum kulturpolitischen Handeln der SMAD, die eine kritische Bewertung dieses Zeitraums einschließen würden. Zwar waren in früheren Jahrzehnten die Literatur, Kultur und Kulturpolitik der SBZ/DDR und der Kulturaustausch mit der UdSSR regelmäßig Gegenstand sowjetischer Abhandlungen, dies jedoch unter

2 Borgelt, Das war der Frühling von Berlin; Andreas-Friedrich, Schauplatz Berlin; Reichstrümmerstadt; Eine Kulturmetropole wird geteilt; Kuby, Die Russen in Berlin; Reinhardt, Zeitungen und Zeiten; Zone 5. Kunst in der Viersektorenstadt; und zuletzt: Schivelbusch, Vor dem Vorhang.

dem Primat der Ideologie. Hier wird, wie in älteren einschlägigen Publikationen der DDR⁴ und in bilateralen Sammelbänden⁵ unter den Stichworten „sozialistischer Internationalismus“, „brüderliche Hilfe“ oder „freundschaftliche Zusammenarbeit“ ein abstrakt-harmonisches Geschichtsbild entworfen, aus dem Konflikte, Widersprüche, Machtmechanismen fast völlig ausgeblendet sind.⁶ Seit den politisch-gesellschaftlichen Umbrüchen in Deutschland und Rußland konnte sich dieses Thema noch nicht wieder Bahn brechen, wie etwa „Das Jahrbuch für deutsche Geschichte“ (Ežegodnik germanskoj istorii) und die Bibliographie „Sowjetische Forschungen (1917 bis 1991) zur Geschichte der deutsch-sowjetischen Beziehungen von den Anfängen bis 1949“ (1993) ausweisen. Bezeichnenderweise stammt der neueste einschlägige Titel, eine Untersuchung von A. P. Nikitin über die „Tätigkeit der sowjetischen Militäradministration bei der Demokratisierung der Hochschulbildung in Ostdeutschland 1945–1949“ (Dejatel'nost' sovetskij voennoj administracii po demokratizacii vyssšego obrazovanija v Vostočnoj Germanii 1945–1949 gg), aus dem Jahr 1986. Andere Publikationen haben eher die Besatzungspolitik in ihrer Gesamtheit im Blick, sparen jedoch eine Neuinterpretation der Kulturpolitik aus, wie etwa eine Untersuchung von S. T. Viskov und V. D. Kul'bakin über „Die Alliierten und die ‚deutsche Frage‘ 1945–1949“ (Sojuzniki i „germanskij vopros“ 1945–1949, Moskau 1990). Allerdings stellt die in internationaler Kooperation von Bernd Bonwetsch, Gennadij Bordjugow und Norman Naimark herausgegebene Dokumentation „SMAD. Die Propaganda- (Informations-)Verwaltung und S. I. Tjulpanow. 1945–1949“ (SVAG. Upravlenie propagandy/informacii /i S. I. Tjul'panov. 1945–1949, Moskau 1994) wichtiges Quellenmaterial zu sowjetischen Entscheidungswegen und Steuerungsvorgängen in der SBZ bereit.

Sonst hat es den Anschein, daß das Forschungspotential in der GUS vor allem durch die kritische Aufarbeitung der eigenen Geschichte gebunden ist. Es sind inzwischen wichtige Untersuchungen zur Formierung zentraler Sektoren des sowjetisch-stalinistischen Modells im Kulturbereich vorgelegt worden, wie A. V. Bljums Arbeit (1994) über die Herausbildung der Zensurinstanzen „Hinter den Kulissen des ‚Ministeriums für Wahrheit‘. Die geheime Geschichte der sowjetischen Zensur 1917–1929“ (Za kulisami „Ministerstva pravdy“. Tajnaja istorija sovetskij cenzury 1917–1929) und D. L. Babičenkos ebenfalls 1994 erschienene Dokumentation und Analyse „Die literarische Front“. Die Geschichte der politischen Zensur 1932–1946“ („Literaturnyj front“. Istorija političeskoj cenzury 1932–1946) und „Schriftsteller und Zensoren“ (Pisateli i cenzory). Durch die Auswertung bisher unzugänglichen Archivmaterials wird die Überwindung

3 Unter den seit Redaktionsschluß (Frühjahr 1995) erschienenen Arbeiten sind vor allem Norman M. Naimarks Studie „The Russians in Germany. A History of the Soviet Zone of Occupation, 1945–1949“ (1995), dt. „Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949“ (1997) und Stefan Creuzbergers Untersuchung über „Die sowjetische Besatzungsmacht und das politische System der SBZ“ (1996) hervorzuheben, die beide russische wie westliche Quellen aufarbeiten. Auf den Kulturbereich geht jedoch nur Naimark, und dies großflächig, ein.

4 Vgl. z. B. Zwei Jahrzehnte deutsch-sowjetische Beziehungen; Heller/Krause, Kulturelle Zusammenarbeit; Die Große Sozialistische Oktoberrevolution; Mit der Sowjetunion Sieger der Geschichte; Deutsch-sowjetische Freundschaft; Kampfgemeinschaft SED – KPdSU; R. Richter, Kultur im Bündnis.

5 Vgl. Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland/Za antifašistskuju demokratičeskuju Germaniju; Beziehungen DDR-UdSSR 1949–1955; SSSR GDR. 30 let otnošenij.

6 Ščerbina, Kul'turnaja revoljucija; Cicon', Istoričeskoe značenie opyta KPSS; Chideseli, Opyt KPSS i SEPG; Aleksandrova, Edinstvo ekonomičeskoj i kul'turnoj politiki; Dimitrov, Kul'turnoe sotrudničestvo.

früher sakrosankter offizieller Standpunkte vollzogen. So kommt es zu im Detail nachgewiesenen Neueinschätzungen historischer und literarischer Prozesse, wie sie etwa auch ein 1989 erschienener Sammelband „Den Stalinkult überdenken“ (Osmyslit' kul't Stalina) und eine Analyse von Evgenij Dobrenko „Metapher der Macht. Die Literatur der Stalinära in historischer Sicht“ (Metafora Vlasti. Literatura stalinskoj epochi v istoričeskom osveščennii, München 1993) belegen. Doch ist dieser revidierende Blick auf die Geschichte vorläufig ‚selbstbezogen‘, – durchaus schuldzuweisend, abrechnend – auf das eigene Land konzentriert. Untersuchungen mit einem doppelten, deutsch-russischen Ansatz gibt es nach wie vor nicht.

Gerade eine solche interdisziplinäre Sichtweise, die die sonst gängige Zentrierung auf entweder die rein deutsche oder aber auf die sowjetische Seite überwindet, gestattet es aber, literaturpolitische Prozesse und Konstellationen nicht nur unter dem Aspekt der Einflußnahme, sondern auch unter dem Aspekt der Parallelität oder Zeitverschiebung bzw. im Hinblick auf eine Eigendynamik der deutschen Entwicklung zu erfassen. Erst auf dem Hintergrund der jeweiligen sowjetischen Gegebenheiten läßt sich der Stellenwert von Maßnahmen und Kampagnen in Deutschland ermessen und damit auch der Grad an Übereinstimmung oder Abweichung. Unsere Arbeit in den Archiven konzentrierte sich zunächst auf die – schon 1989 recht gut zugänglichen – sowjetischen Archive, deren Quellenbestand im Westen nach wie vor kaum ausgewertet ist. Es handelt sich vor allem um das Zentrale Staatsarchiv der Oktoberrevolution CGAOR, Moskau (heute: Staatsarchiv der Russischen Föderation GARF), und das Zentrale Staatsarchiv für Kunst und Literatur CGALI, Moskau (heute: Russisches Staatsarchiv für Literatur und Kunst RGALI). Das Archiv der Sowjetischen Militäradministration stand leider nicht zur Verfügung, da es nach wie vor für westliche Benutzer gesperrt ist.

Das RGALI enthält neben den Nachlässen zahlreicher sowjetischer Schriftsteller das Archiv der Auslandskommission des sowjetischen Schriftstellerverbands, in dem Protokolle interner Sitzungen sowie die Materialien sämtlicher (Länder-)Abteilungen dokumentiert sind. In bezug auf die SBZ/DDR sind dies vor allem die regelmäßigen Pläne und Berichte des Deutschlandreferenten, Briefwechsel mit deutschen Schriftstellern und dem Deutschen Schriftstellerverband sowie Protokolle von Gesprächen mit deutschen Schriftstellerdelegationen bzw. einzeln reisenden Autoren. Das GARF beherbergt Dokumente zahlreicher sowjetischer Institutionen, wie z.B. der Außenabteilungen des Hochschulministeriums und des Dachverbandes der Gewerkschaften, des Komitees zur Verteidigung des Friedens, des Sowjetischen Nachrichtenbüros und der Allunionsgesellschaft für kulturelle Verbindungen mit dem Ausland (WOKS), deren Archiv sich als äußerst ertragreich erwiesen hat. In ihm ist der gesamte Briefwechsel mit der SMAD, ihrem Nachfolger, der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK), dem WOKS-Bevollmächtigten in Berlin, der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), Hochschulen und anderen Institutionen in der DDR sowie mit Einzelpersonen aufbewahrt.

Die Archive der DDR, die – bis auf einen Teil der Literaturarchive der Akademie der Künste – zu Beginn unseres Projekts nicht zugänglich waren, konnten erst seit Beginn der 90er Jahre ausgewertet werden. Besonders reichhaltiges Material enthalten: Das Archiv der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, das Zentrale Parteiarchiv der SED, das Kulturbund-Archiv (heute alle zusammengefaßt in der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, SAPMO) und das Archiv des Schriftstellerverbandes in Berlin.

An westlichen Archiven erwiesen sich als ergiebig: das Landesarchiv Berlin – Abteilung Zeitgeschichte – mit seiner Dokumentation zur Berliner Nachkriegsgeschichte; das Ullstein-Archiv

Berlin, das eine umfangreiche Sammlung an Zeitschriften- und Zeitungsausschnitten enthält; die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn mit ihrem Bestand „Ostbüro der SPD“; das Bundesarchiv Koblenz und das Institut für Politik und Zeitgeschichte in München, in die der Aktenbestand des Office of Military Government for Germany, US (OMGUS) eingegangen ist; die Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg mit dem Nachlaß Alfred Kantorowicz.

Interviews mit Zeitzeugen erbrachten ergänzende Informationen. Befragt wurden von uns noch lebende Kulturoffiziere und Mitarbeiter damaliger sowjetischer Dienststellen: Hilde Angarowa, Grigori Bergelson, Ilja Fradkin, Arseni Gulyga, Jewgenija Kazewa, Tamara Motyljowa, Wadim Tschubinski und Michail Woslenski gaben uns bereitwillig Auskunft. Gespräche mit deutschen Zeitzeugen, wie Hans Borgelt, Heinrich Graf von Einsiedel, Ingrid Kantorowicz, Jürgen Kuczynski, Erich Loest, Nadeshda Ludwig, Hans Mark, Hans Mayer und Ralf Schröder ergänzten diesen Versuch, durch „oral history“ die Atmosphäre der damaligen Zeit und das damals Gewußte und Wahrgenommene zu erschließen.⁷

Während die Vorgänge der Nachkriegszeit durch die persönlichen Erlebnisberichte Farbe erhielten, gaben die Archivdokumente, gerade aufgrund der doppelten, sowjetischen und deutschen Überlieferung, zumindest ausschnittshaft einen Blick hinter die Kulissen frei. Auf gerade diesen Blick kam es uns an. Denn das Interesse dieser Arbeit richtet sich auf die Strukturen und Mechanismen, die mit der Einführung eines fremden, des sowjetischen Modells in die deutsche Nachkriegsrealität verbunden waren. Maßgebliche Bedingung für den Modelltransfer war das Faktum der sowjetischen Besatzung im östlichen Teil Deutschlands; die Konkurrenz – gerade in Berlin – mit den westlichen Alliierten und ihrem politischen und kulturpolitischen Handeln gehörte damit aber auch zu den entscheidenden Voraussetzungen – und Hemmnissen. Die Frustration der Niederlage, zugefügt durch einen Gegner, dessen sonstige Überlegenheit von der deutschen Bevölkerung nicht anerkannt wurde, blockierte das später bis zum Überdruß apostrophierte „Lernen von der Sowjetunion“. Unser Anliegen ist nicht, die kulturellen Ereignisse und kulturpolitischen Dekrete der Nachkriegszeit zu rekapitulieren, sondern zielt darauf, die Wirkungsweise eines Modells zu rekonstruieren: Wie wurde es – trotz der skizzierten schlechten Vorbedingungen – eingeführt, propagiert und durchgesetzt? War die Außensteuerung durch die SMAD oder die Internalisierung seitens der SED bei der Modellübernahme maßgeblich oder wie griffen beide ineinander? In welchen Bereichen konnte das fremde Muster zum tatsächlichen Vorbild avancieren? Während die kulturpolitischen Debatten in den beiden unmittelbaren Nachkriegsjahren noch sehr freizügig geführt wurden, zeigen die Archivdokumente, wie sich später die Kluft zwischen den internen Verlautbarungen (gleichsam auf der Ebene der Eingeweihten) und dem in der Öffentlichkeit Vorgebrachten immer mehr vertiefte.

Nun umfaßt die Wirkungsweise des sowjetischen Modells zahlreiche Felder und ist in sich so komplex, daß sie schwerlich, will man nicht bei Pauschalurteilen stehenbleiben, zur Gänze erschlossen werden kann. Exemplarische Analysen sollen die Strukturen eines Phänomens bloßlegen, das zwar in seinen Erscheinungsformen heterogen, in seinen bedingenden Faktoren jedoch erstaunlich homogen ist. Das Buchmanuskript ist so angelegt, daß Überblicksdarstellungen den

7 Vgl. das Verzeichnis der Interviews und schriftlichen Befragungen im Anhang.

Horizont für „Feineinstellungen“ bilden, durch die exemplarisch bestimmte Vorgänge und Erscheinungen detailliert in den Blick genommen werden.

Als „Rahmenbedingungen“ werden zunächst entscheidende Fakten rekapituliert, die auf politischem Sektor das Bedingungsgefüge der Spannungen zwischen der Sowjetunion und den Westmächten ausmachen; sie stellen ebenso wie die damaligen innersowjetischen kulturpolitischen Prozesse (Phänomene künstlerischer, ideologischer und institutioneller Art als Faktoren des Modells), den „Hintergrund“ dar, auf den sich nahezu alle wichtigen kulturellen Entwicklungen dieser Jahre beziehen.

Der Ausbruch des Kalten Krieges 1947/48 führte zu deutschlandpolitischen Festlegungen und beeinflusste damit direkt das Verhalten der Besatzungsmacht und der SED. Die Auswirkungen auf den Kulturbereich waren unmittelbar spürbar. Der I. Deutsche Schriftstellerkongreß im Oktober 1947 und der Wroclawer Kongreß im August 1948 lassen erkennen, wie daraufhin kulturelle Veranstaltungen im Sinne der Polarisierung und Frontenbildung beeinflusst und umfunktioniert wurden. Der allmähliche Transfer sowjetischer Richtlinien und Vorgaben in die SBZ läßt sich dann in allen Bereichen verfolgen: In der Politik mit der Transformation der SED zur stalinistischen Kaderpartei und der Sicherung ihres Hegemonieanspruchs. In der Ökonomie mit der Übernahme der Planwirtschaft unter zentraler Lenkung und der Einführung von Aktivistenbewegung und sozialistischem Wettbewerb. In der Kultur mit dem Aufbau eines Lenkungs- und Verwaltungsapparats nach sowjetischem Muster und der Ausgabe verbindlicher Richtlinien für Kunst und Literatur. Die Geschichte kultureller Institutionen wie des Kulturbunds zur demokratischen Erneuerung Deutschlands und besonders der 1947 gegründeten Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, die seit 1949 unter dem Namen Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) zur Massenorganisation ausgebaut wurde, belegt das Vorgehen bei der Gestaltung zentraler Vermittlungseinrichtungen des sowjetisch-deutschen Kulturkontakts.

Mit der Rekonstruktion der gegenseitigen Wahrnehmung (von Ausschnitten der jeweils anderen Literatur und Wirklichkeit bzw. der Besatzungssituation) wird gleichsam eine Ebene des Kommentars zu der allgemeinen politischen Geschichte, zur Institutionengeschichte und zur Kulturpolitik eingezeichnet. Sie ergänzt die Dokumente, Verlautbarungen und Diskussionen der verschiedenen Sektoren, auf denen ein Transfer des sowjetischen Modells erfolgte, um den Einblick in die psychologische Wirkung dieses Vorgangs. Auf dieser Ebene wird erst eine Antwort auf die Frage nach Erfolg oder Scheitern des mit solchem Nachdruck propagierten sowjetischen Modells in Deutschland zu finden sein.

2 Rahmenbedingungen

2.1 Zum politischen Kontext

Der Kalte Krieg stellt die entscheidende politische Konstellation der Nachkriegszeit dar. Das Geschehen in Deutschland nach 1945 war mit der Genese und Ausprägung der Blockbildung auf das engste verknüpft. Nur in diesem Kontext ist die in der SBZ und frühen DDR schrittweise vollzogene Angleichung an das sowjetische Modell verständlich und gewinnt sie ihre Kontur. Auch für die Analyse des Transferbereichs Kultur ist die Rekapitulation der entscheidenden Fakten und Faktoren des Kalten Krieges Vorbedingung, denn die politische Entwicklung legte auch die Ausrichtung des kulturellen Sektors und die Formen der sowjetischen Einwirkung fest.

Die folgenden Ausführungen zum Verhältnis der Alliierten während des II. Weltkrieges und nach Kriegsende können natürlich nur skizzenhaft sein. Sie suchen nicht zwischen der „traditionellen“ These vom sowjetischen Expansionismus und der „revisionistischen“ These vom ökonomischen Imperialismus der USA als Urheber des Kalten Krieges zu entscheiden.¹ Sie stellen aber in Rechnung, daß auf beiden Seiten, in den USA wie in der Sowjetunion, eine Fülle von Mißverständnissen und Fehlinterpretationen zum Tragen kam, die die Eskalation des Kalten Krieges wesentlich beeinflusste.²

1 Dazu ausführlich: Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 13ff.

2 Im Anschluß an Loth, *Die Teilung der Welt*. Loth selbst ist mit seiner neuesten Untersuchung „Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte“ von dieser relativierenden Sichtweise abgerückt und legt zugunsten Stalins eindeutig fest: „Stalin wollte keine DDR. Er wollte weder einen Separatstaat auf dem Boden der sowjetischen Besatzungszone noch überhaupt einen sozialistischen Staat in Deutschland. Statt dessen strebte er eine parlamentarische Demokratie für ganz Deutschland an, die dem Faschismus die gesellschaftlichen Grundlagen entzog und der Sowjetunion den Zugang zu den Ressourcen des Ruhrgebiets eröffnete. Erreicht werden sollte sie in gemeinsamer Verantwortung der Siegermächte.“ (S. 10) Loths Quelle, die sicherlich der Gegenüberlieferung aus sowjetischen Archiven bedürfte, sind im wesentlichen Wilhelm Piecks Aufzeichnungen von Gesprächen mit Stalin, der SMAD und der Sowjetischen Kontrollkommission (SKK). – Vgl. Pieck, *Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik*.

2.1.1 Von der Kooperation zur Konfrontation zwischen den Verbündeten

Das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA war seit der Oktoberrevolution ambivalent³ und schwankte in der gegenseitigen Wahrnehmung zwischen Bewunderung und Befürchtungen. Erst 1933 erkannten die USA die Sowjetregierung diplomatisch an, nachdem mit Franklin D. Roosevelt ein Befürworter sowjetisch-amerikanischer Freundschaft die Präsidentschaft angetreten hatte. Obwohl in den Folgejahren unter den Rußlandexperten der USA die Skepsis gegenüber der Sowjetunion und der Komintern spürbar zunahm, formulierte Roosevelt im Februar 1940 die Überzeugung, daß die Sowjetdiktatur nicht grundsätzlich auf Expansion angelegt sei; durch Befriedigung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen könne sie zum Verzicht darauf bewegt werden, kommunistische Bewegungen in anderen Ländern zu unterstützen.⁴

In Abkehr von dem Isolationismus der Zwischenkriegszeit sah Roosevelts „Grand Design“⁵ eine Weltfriedensordnung mit vier Polizisten – den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Rußland und China – vor, die die Bewahrung des Friedens überwachen sollten. Der Universalismus beruhte nicht nur auf politischen Voraussetzungen, der Vision der „Einen Welt“ in Freiheit und Gleichheit, sondern auch auf ökonomischen Prämissen, nämlich dem liberalistischen Konzept einer Öffnung der Weltmärkte und der Beseitigung von Zoll- und Handelsschranken. Die Sowjetunion sollte in dieses Konzept, auch durch die Teilnahme am Weltwährungsfonds und an der Weltbank, einbezogen werden. Daß gerade dieser Wirtschaftsfeldzug aus sowjetischer Perspektive als „imperialistische Bedrohung“ wirken mußte, geriet nicht in den Blick.

Die Basis des Kriegsbündnisses zwischen der Sowjetunion und den USA bildete der gemeinsame Wille, die deutsche Kriegsmaschinerie mitsamt ihrem Potential vollständig zu vernichten. Dieses Fundament wurde allerdings schon frühzeitig dadurch erschüttert, daß die für 1942 in Aussicht gestellte Errichtung einer Zweiten Front in Europa sich bis 1944 verzögerte.⁶ Die 10 Millionen Tonnen an Materiallieferung, die Roosevelt den Sowjets zwischen 1941 und Juni 1944 ohne irgendwelche Auflagen zukommen ließ, waren demgegenüber in sowjetischen Augen kein hinreichender Beweis für den amerikanischen good will.⁷ Die Angst vor einem Separatfrieden – der Sowjetunion mit Deutschland⁸ bzw. der Westmächte mit Deutschland – schürte das Mißtrauen, vor allem Stalins.⁹ Erst im September 1943 suchte er wieder die Verständigung mit den Westmächten. Auf dem ersten Treffen der „Großen Drei“, Roosevelts, Stalins und Churchills, Ende November 1943 in Teheran schien sich die Hoffnung auf eine Einigung zu erfüllen: Stalin wurde bedeutet, daß ihm der Erwerb der 1939–1941 erbeuteten Territorien, also vor allem Ostpolens und der baltischen Staaten, nicht streitig gemacht würde. Auch wurde ihm der Verzicht auf Errichtung eines Cordon sanitaire in der von Churchill gewünschten Form einer Donauraum-Föderation zugesichert. Stalin seinerseits bot die Mitwirkung in den Vereinten Nationen und die

3 Vgl. Backer, *Die deutschen Jahre des Generals Clay*, S. 45–48.

4 Vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 44f.

5 Zu Roosevelts Position ausführlich: Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, S. 42–63.

6 Vgl. Backer, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands*, S. 74ff.

7 Vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 77.

8 Vgl. Fischer, *Sowjetische Deutschlandpolitik*, S. 33–45.

9 Die Kapitulationsverhandlungen in der Schweiz zwischen der deutschen Italien-Armee und amerikanischen wie britischen Vertretern ohne Einbeziehung der Sowjets steuerten später weitere Verdachtsmomente bei. – Vgl. Benz, *Potsdam 1945*, S. 81; von Butlar, *Ziele und Zielkonflikte*, S. 16–25.

Übernahme einer Polizistenrolle an. Auch stünde für ihn nicht auf der Tagesordnung, anderen Ländern ein kommunistisches Regime aufzuzwingen.

Doch schon auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 kam zum Tragen, daß sich die Ausgangsbedingungen grundlegend geändert hatten. Mit der gewandelten Machtlage durch die sich abzeichnende Niederlage Deutschlands entfielen für die Sowjetunion beim Ausbau ihres Imperiums vorher notwendige Rücksichtnahmen, wie vor allem das Beispiel Polens belegt. Durch die Ermordung von Tausenden polnischer Offiziere bei Katyn und dem untätigen Zusehen von sieben sowjetischen Divisionen beim Verbluten des Warschauer Aufstands brachte Stalin die Alliierten gegen sich auf. Brüskierend wirkte auch die Ausschaltung der polnischen Exilregierung in London und die Gründung des sowjetisch gelenkten Lubliner Komitees im Juli 1944, das sich zur Provisorischen Regierung erklärte. Großbritannien kehrte zur *balance of power*-Politik zurück, und Churchill verfolgte seit 1944 das Ziel, Schutzwälle gegen die befürchtete sowjetische Expansion zu errichten. In diesen Zusammenhang gehört die im Oktober 1944 skizzierte Aufteilung von Einflußsphären in Ost- und Südosteuropa zwischen Churchill und Stalin, aber auch der Versuch, Italien als nichtkommunistischen Staat zu kräftigen und Frankreich wieder zur Großmacht erstarken zu lassen. Roosevelt kündigte zwar nicht die Kooperation mit der Sowjetunion auf, doch formulierte er die Notwendigkeit, „Stalin nach Möglichkeit an der totalen Sowjetisierung Ost- und Südosteuropas zu hindern“.¹⁰

Die schriftlich fixierten Ergebnisse von Jalta versprachen indes eine erneute Annäherung. Stalin akzeptierte einen Kompromißvorschlag für Polen, der die Bildung einer neuen Regierung mit Vertretern des Lubliner Komitees, der Londoner Exilregierung und nicht-kommunistischer Polen sowie die Abhaltung freier Wahlen vorsah. Auch stimmte er Roosevelts an die Atlantik-Charta von 1941 anschließenden „Deklaration über das befreite Europa“ zu, die das „Recht aller Völker“ hervorhob, „diejenige Form der Regierung zu wählen, unter welcher sie leben wollen“.¹¹

Die getroffenen Vereinbarungen ließen vor allem die Amerikaner erneut auf einen dauerhaften Frieden hoffen. Doch stellte sich heraus, daß die Zugeständnisse Stalins in bezug auf die europäischen Länder nur verbaler Art waren. Schließlich war die Sowjetunion bereits mit Entschiedenheit tätig, um in Osteuropa die Weichen in die gewünschte Richtung zu stellen.¹² Die Autorität der nichtkommunistischen Mitglieder in der polnischen Regierung, um nur diesen Anlaß zu wachsender Verbitterung bei den Westmächten anzuführen, war von Anfang an geschwächt. Das Versprechen freier Wahlen wurde nie eingelöst. Sicherlich unterschätzten die Amerikaner das Sicherheitsbedürfnis Stalins, der sowjetfreundlich mit sowjethörig gleichsetzte,¹³ vor allem jedoch erkannten sie nicht die Unvereinbarkeit des Konzepts der einen Welt und des propagierten Selbstbestimmungsrechts aller Völker mit diesem Sicherheitsstreben.¹⁴ Den Sowjets ihrerseits war unverständlich, warum die Sicherung ihrer Machtsphäre auf den Westen bedrohlich wirkte.¹⁵ Ihr territoriales Konzept orientierte sich offenbar an den Grenzen und Kategorien des zaristischen Imperialismus und sah nicht die Unterwerfung ganz Europas vor.

10 Graml, *Die Alliierten*, S. 47.

11 Zit. nach: Graml, *Die Alliierten*, S. 48.

12 Vgl. *Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas*; Hoensch, *Sowjetische Osteuropa-Politik*, S. 11–43.

13 Vgl. Graml, *Die Alliierten*, S. 80.

14 Vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 90f.

15 Vgl. Graml, *Die Alliierten*, S. 80.

Das sowjetische Vorgehen im Einflußbereich der Roten Armee mußte die Position der verständigungsbereiten Amerikaner schwächen. Westliche Experten wie der Diplomat George F. Kennan konnten sich in der Öffentlichkeit Gehör verschaffen, die der Sowjetunion einen uferlosen Expansionsdrang zuschrieben.¹⁶ Im Gegenzug verdächtigte die UdSSR die USA, mit ihren universalistischen Konzepten nur dem Kapitalismus zum globalen Sieg verhelfen zu wollen.

2.1.2 Pläne für das besiegte Deutschland

Die Verhandlungen über Deutschland zwischen den Alliierten waren direkt von dem komplexen Bedingungsgefüge der jeweiligen Innen- wie Außenpolitik und der Beziehungen untereinander bestimmt. Zwar hatten die Großmächte bereits während des Krieges Prognosen und Strategien entwickelt: sie bezogen sich jedoch eher auf die künftige Vermeidung bereits erlebter Krisen (der Bedrohung des jungen Sowjetstaates, der Weltwirtschaftskrise, der nationalsozialistischen Aggression) als daß sie der neuartigen Situation galten.¹⁷ Auf daß die deutsche Angriffslüsterheit ein für allemal gebannt werde, favorisierten sowohl Stalin als auch Roosevelt in der ersten Kriegszeit und auch in Teheran 1943 Pläne zur Aufteilung Deutschlands und zur völligen Ausschaltung der deutschen Industrie.¹⁸ Stalin schlug in Jalta vor, 80% aller deutschen Industriebetriebe zu demontieren. Ein vom amerikanischen Finanzminister Henry Morgenthau 1944 vorgelegtes Memorandum visierte sogar die Vernichtung der gesamten industriellen Kapazität und die Rückwandlung Deutschlands in einen Agrarstaat an. Demgegenüber hatte das State Department 1943 einen Deutschlandplan entwickelt, der ein „Minimum an Bitterkeit“ für die Deutschen propagierte, erträglichen Lebensstandard und die Förderung demokratischer Strukturen forderte.¹⁹ Präsident Roosevelt, persönlich durchaus einem harten Frieden zuneigend, hatte zwar erst Morgenthaus Plan gebilligt, sah sich jedoch schon kurz darauf gezwungen, von ihm abzurücken. Er entschied sich für eine Politik der Vertagung aller wichtigen deutschlandpolitischen Entschlüsse bis zu einer endgültigen Friedensregelung.²⁰

Auf einer Konferenz der Außenminister in Moskau, Oktober 1943, wurde die European Advisory Commission (EAC) gegründet, die die Modalitäten der alliierten Herrschaft in Deutschland festlegen sollte. Sie steckte die Besatzungszonen ab und schuf eine Organisationsstruktur. Vorgeesehen war, daß die Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte jeweils in ihrer Zone die höchste Machtbefugnis innehaben sollten, alle Angelegenheiten, die Deutschland als Ganzes betrafen, hingegen im Alliierten Kontrollrat beraten werden sollten.²¹ Dieses Konzept wurde in Jalta gebilligt, wo auf britischen Druck hin auch Frankreich, das man stärken wollte, eine Besatzungszone und ein Platz im Kontrollrat eingeräumt wurde.

Das Treffen von Jalta sollte ein Abrücken von den Zerstückelungsplänen signalisieren, und zwar bei allen Alliierten. Die Höhe der von der Sowjetunion gewünschten Reparationsleistungen

16 Vgl. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 67f.

17 Vgl. Loth, Die Teilung der Welt, S. 27.

18 Vgl. zu den Teilungsplänen im einzelnen: Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, S. 23–32.

19 Vgl. Loth, Die Teilung der Welt, S. 30.

20 Zu Roosevelts „policy of postponement“ vgl. Eschenburg, Deutschland, S. 38ff.; Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 57f. u. S. 105ff.

Deutschlands – 20 Milliarden Dollar (davon die Hälfte für die UdSSR) wurden in Jalta von den Amerikanern als Verhandlungsgrundlage akzeptiert – sprach aus der Sicht der UdSSR gegen eine Parzellierung.²² London wollte ein wirtschaftlich fähiges verkleinertes Deutschland als Faktor des Gleichgewichts bewahren. Labilität könne Deutschland in die Arme der Sowjetunion treiben. Die in Jalta beschlossene Kapitulationsurkunde ließ sowohl die Möglichkeit einer Aufteilung als auch einer bloßen Dezentralisierung Deutschlands offen. Die Bearbeitung der entscheidenden Fragen wurde vertagt.

Die sowjetische Deutschlandpolitik war – wohl hauptsächlich aus taktischen Gründen – zögerlich und reaktiv, und bot, zumindest bis 1947, ein widersprüchliches Bild.²³ Man wartete das amerikanische Vorgehen ab, das seinerseits uneinheitlich und von der Einschätzung der Sowjets abhängig war. In den USA wurde im Mai 1945 die vom Finanzministerium favorisierte Direktive JCS 1067 in Kraft gesetzt, die vorsah, Deutschland nicht als befreite, sondern als besiegte Nation zu betrachten, die Industrie weitgehend zu eliminieren und das Land mit langfristiger Kontrolle des deutschen Kriegspotentials zu entmilitarisieren.²⁴ Ferner war geplant, die Armee von politischen Aufgaben freizuhalten und der Besatzungsbehörde keine Verantwortung für das Wirtschaftsleben aufzuladen.²⁵ Andererseits akzeptierte Roosevelt die vom State Department vorgeschlagene Politik milder Reparationen, die auf eine künftige Integration der Deutschen und ihrer Wirtschaft hinauslief.²⁶ Die Erfahrungen nach dem Ersten Weltkrieg hatten sich im amerikanischen Bewußtsein so eingepreßt, daß die amerikanischen Steuerzahler selbst auf dem Umweg über Hilfeleistungen die deutschen Reparationen finanziert hätten. Diese historische Perzeption²⁷ wurde bestimmend für die Verhandlungen mit den Sowjets, denen dringend an Reparationen (auch aus der laufenden Produktion) zum Wiederaufbau ihres zerstörten Landes gelegen sein mußte.

21 Vgl. zur Organisationsstruktur im einzelnen: Benz, Potsdam 1945, S. 37 u. S. 70ff.

22 Andere mutmaßliche Gründe erörtert: Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 131–136.

23 Vgl. Schwarz, Vom Reich zur Bundesrepublik, S. 207ff., 262; von Butlar, Ziele und Zielkonflikte, S. 58–75. Mit seiner Rede in Paris im Juli 1946 habe Molotow das sowjetische Schweigen in der Deutschlandfrage gebrochen (ebd. S. 72). Auf die mit Hilfe deutscher Kräfte (Nationalkomitee „Freies Deutschland“, Arbeitskommission der KPD) schon während des Krieges begonnene sowjetische Deutschlandplanung geht Fischer ausführlich ein. – Fischer, Sowjetische Deutschlandpolitik, S. 53 bis 59; 83–119.

24 Die in der Direktive festgelegten „Grundlegenden Ziele der Militärregierung in Deutschland“ sind im Wortlaut wiedergegeben bei Benz, Potsdam 1945, S. 39. Vgl. Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, S. 44ff., 101ff.

25 Zum Kompetenzstreit zwischen den einzelnen Ministerien um die Zuständigkeit für die Besatzungspolitik vgl. Gimbel, Administrative Konflikte, S. 111–128.

26 Vgl. Loth, Die Teilung der Welt, S. 88f. Backer hebt hervor, daß sich die Befürworter eines starken Deutschland und die Morgenthau-Gruppe in dem Bestreben trafen, die Reparationen aus der laufenden Produktion auf ein Minimum zu kürzen, „die ersteren, um die deutsche Wirtschaft zu unterstützen, die letzteren, um jeden Vorwand zu entkräften, der benutzt werden könnte, bedeutsame Teile der Industrie in Deutschland intakt zu lassen“. – Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, S. 45f. Zur Bedeutung des Morgenthau-Plans für die Entstehung von zwei deutschen Staaten vgl. Backer, Die deutschen Jahre des Generals Clay, S. 51.

27 Dazu ausführlich Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, S. 33f., 49–62, 87.

Die unterschiedliche Ausgangslage bewirkte, daß sich gerade an den Reparationen der Streit zwischen den Alliierten entzündete.²⁸ Vor allem die Briten plädierten – neben den Amerikanern – für maßvolle Zahlungsverpflichtungen. Ihr Insistieren auf dem „first charge principle“²⁹ – vor der Reparationsleistung müsse die Befriedigung des Inlandsbedarfs und die Finanzierung notwendiger Einfuhren stehen – weckte bei den Sowjets den Verdacht auf Schonung des Gegners. Am 19. Juni 1945 nahm in Moskau eine Reparationskommission ihre Arbeit auf, um schon Mitte Juli ihre Beratungen wieder abzubrechen. Das einzige Ergebnis bildete ein Schlüssel zur Verteilung der deutschen Reparationen (Sowjetunion 56%; USA und Großbritannien je 22%).

Schon vor Beginn der Potsdamer Konferenz (16. Juli bis 2. August 1945), auf der die Reparationsfrage erneut zur Erörterung anstand, führten die Sowjets in dem von ihnen okkupierten Teil Deutschlands erhebliche Demontagen durch. Auch hatte Stalin dadurch einen *fait accompli* geschaffen, daß er Ostdeutschland bis zur Oder und Neiße unter polnische Verwaltung gestellt hatte – Churchill hatte in Teheran diese Grenzverschiebung vorgeschlagen, um Polen für den Verlust Ostpolens zu entschädigen –, doch war in dieser Sache noch kein gemeinsamer Beschluß gefaßt, sondern die Festlegung der Westgrenze ausdrücklich einer Friedenskonferenz vorbehalten worden.³⁰ Die Verhandlungen in Potsdam blieben über zwei Wochen ergebnislos. Der Öffentlichkeit gegenüber war jedoch ein eklatantes Scheitern nicht vertretbar. So hatte der amerikanische Außenminister Byrnes mit einem Kompromißpaket Erfolg: Die polnische Verwaltung für Ostdeutschland bis zur Oder und Neiße wurde vorbehaltlich eines künftigen Friedensvertrags anerkannt, damit allerdings auch die Vertreibung der Deutschen aus diesem Gebiet, die Stalin mit der Behauptung zu verharmlosen suchte, die meisten Deutschen hätten das Land bereits verlassen. Im Gegenzug akzeptierte Stalin den Vorschlag zur Teilung des Reparatonsgebiets. Jede Besatzungsmacht könne in ihrer Zone beliebig verfahren; darüber hinaus wurden der Sowjetunion 10% der Reparationsentnahmen aus den Westzonen ohne Entgelt und 15% im Tausch gegen Waren zugesprochen. Die Teilung Deutschlands als Reparatonsgebiet unterminierte de facto den in Potsdam bekräftigten Willen, Deutschland als wirtschaftliche und politische Einheit zu erhalten und dafür durch die Bildung zentraler deutscher Verwaltungen praktisch zu sorgen.

2.1.3 Der Ausbruch des Kalten Krieges

Ohne daß man die USA unnötig provozieren wollte, versuchte die Sowjetunion im Zuge ihrer militärischen Erfolge durch die Blockbildung aller „antifaschistischen“, „friedliebenden“, „demokratischen“ Kräfte in den vorgelagerten Staaten den eigenen Herrschaftsbereich auszubauen und zu sichern. Bereits seit der Auflösung der Komintern 1943 galt die Empfehlung, auf Sozialisierungsmaßnahmen und revolutionäres Vokabular zu verzichten und die Durchsetzung des Sowjetsystems nicht zum Programm zu erheben.³¹ Die polizeistaatlichen Methoden der Interessensicherung, die die Sowjetunion anwand, die Übergriffe seitens der Roten Armee und die

28 Zur amerikanischen und sowjetischen Position in der Frage der Reparationen vor und während der Potsdamer Konferenz vgl. Backer, Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands, S. 33–48, 87–99; zur Interessenlage der Alliierten von Jalta bis Potsdam vgl. im einzelnen: Fisch, Reparationen.

29 Vgl. Foschepoth, Konflikte in der Reparationspolitik, S. 179f.

30 Vgl. Graml, Die Alliierten, S. 29, 85, 90.

31 Vgl. Staritz, Die Gründung der DDR, S. 68.

Plünderungen riefen indes profundes Mißtrauen bei den westlichen Beobachtern hervor. „Die russischen Pläne zur Errichtung von Satellitenstaaten“, erklärte der amerikanische Botschafter Harriman im April 1945, „stellen eine Bedrohung für die Welt und für uns dar. Wenn die Sowjetunion erst einmal die Kontrolle über ihre Nachbarregionen erlangt hat, wird sie versuchen, die nächsten angrenzenden Länder zu durchdringen.“³² Als Harry S. Truman die Nachfolge Roosevelts antrat, der am 12. April 1945 starb, geriet die amerikanische Außenpolitik zunehmend auf einen Konfrontationskurs, der auf der von Harriman skizzierten „Dominotheorie“ beruhte. Trumans Politik schwankte zwar zwischen Drohgebärden und versöhnlichen Gesten,³³ doch verschlechterten sich die Beziehungen zur Sowjetunion unter seiner Präsidentschaft zusehends. Dazu trug vor allem der abrupte Stop der lend-lease-Lieferungen an die UdSSR bei, der durchaus als wirtschaftlicher Pressionsversuch gedacht war. Ein sowjetisches Kreditgesuch vom Januar 1945 wurde schleppend behandelt: umfangreiche sowjetische Zugeständnisse – Religionsfreiheit, Pressefreiheit, freie Wahlen, Einhaltung der Jalta-Vereinbarungen – seien Vorbedingung für die Gewährung des Kredits. Die Verhandlungen kamen schließlich im Juni 1946 gänzlich zum Erliegen.³⁴ Auch das Atomwaffenmonopol wurde von den Amerikanern als Druckmittel betrachtet, wenngleich nie offen mit der Bombe gedroht wurde. Außenminister Byrnes ließ sich nicht auf Vorschläge zu einer nuklearen Partnerschaft mit der UdSSR (um auf diesem Weg deren Einlenken in Osteuropa zu bewirken) und eine Internationalisierung der neuen Waffe ein.³⁵

Konferenzen der Außenminister in London und Moskau im Herbst und Winter 1945 ließen die Gegensätze auch öffentlich hervortreten. Es wurde erkennbar, daß die Versuche der USA, die osteuropäischen Probleme (durch wirtschaftlichen Druck und die Demonstration des Atomwaffenmonopols) in ihrem Sinne zu lösen, fruchtlos waren und daß sich allenfalls die Möglichkeit eines Kompromisses durch die Aufteilung der Welt in Einflußsphären abzeichnete.³⁶ Truman entschloß sich definitiv zu einer „Politik der ‚Festigkeit‘“, die auf dem Axiom eines potentiell weltweiten sowjetischen Expansionismus basierte. [...] Roosevelts ‚Grand Design‘ mußte endgültig der ‚Politik der Eindämmung‘ weichen.“³⁷

Ab Anfang 1946 wurde die Doktrin der „Eindämmung“ (containment) vor allem von George F. Kennan ausformuliert und später auf den Begriff gebracht. In seinem berühmt gewordenen „langen Telegramm“ vom 22. Februar 1946 bewertete er das Mißtrauen und die Aggressivität der Sowjetführung nicht als Ergebnis aktueller Entwicklungen, sondern als systeminhärent. Churchill sprach in einer in Fulton/Missouri gehaltenen Rede am 5. März 1946 von dem „Eisernen Vorhang“, der sich in Europa von Stettin bis nach Triest herabgesenkt habe.³⁸ Östlich der

32 Zit. nach Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 104.

33 Vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 108; Graml, *Die Alliierten*, S. 72; Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, S. 76f.

34 Zu der Geschichte des Pacht-und-Leih-Vertrags und den Darlehensverhandlungen vgl. Backer, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands*, S. 74–86.

35 Zur amerikanischen Atomwaffenpolitik vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 111f., 141ff.

36 Zu den innenpolitischen Bedingungsfaktoren für die Genese des Kalten Krieges vgl. im einzelnen: Bonwetsch, *Kalter Krieg als Innenpolitik*, S. 230–249.

37 Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 120.

38 Geprägt hat Churchill den Terminus „Eiserner Vorhang“ schon im Mai 1945. – Vgl. Graml, *Die Alliierten*, S. 66.

Elbe wolle die Sowjetunion einen kommunistischen deutschen Staat errichten. Daß der westlich dieses Vorhangs befindliche Teil Europas konsolidiert werden müsse, gehörte nun zu den Grundlagen anglo-amerikanischer Politik. Die Sowjetunion rüstete ihrerseits zum Kalten Krieg auf. In einer Wahlrede vom 9. Februar 1946, also vor Churchills Auftritt, kündigte Stalin eine erneute Mobilisierung des Landes und den forcierten Wiederaufbau der Schwerindustrie an. Angesichts der grundlegenden Antagonismen zwischen dem Kommunismus und der westlichen Welt könne ein neuer militärischer Konflikt nicht ausgeschlossen werden. In den Satellitenstaaten kam es zu Gewaltaktionen der kommunistischen Parteien, die nun die Opposition nicht mehr auf legalem Wege auszuschalten suchten, sondern durch Zwangsmaßnahmen beseitigten.

Westeuropa und die Westzonen befanden sich Anfang 1947 am Rand der Verelendung. Die Bekämpfung dieser Krise, die – so fürchtete man – den kommunistischen Bewegungen neuen Auftrieb geben könnte, erschien der Truman-Administration vordringlich. Doch zeigte sich der amerikanische Kongreß zahlungsunwillig und scheiterten alle Versuche, zumindest in den Westzonen den Aufbau zu beschleunigen, am Veto der Franzosen. Truman suchte den Kongreß für seine Eindämmungspolitik auch finanziell zu mobilisieren, indem er am 12. März 1947 – anhand von Ereignissen in Griechenland und der Türkei – das Szenario eines globalen Kampfes zwischen zwei alternativen Lebensformen entwickelte, zwischen freien und unfreien Regierungssystemen.³⁹ In der so genannten Truman-Doktrin bot der Präsident allen sich in ihrer Freiheit von der Sowjetunion bedroht fühlenden Völkern die Hilfe und Unterstützung der USA an. Um den Zusammenbruch Westeuropas zu verhindern und den französischen Einspruch gegen den Zusammenschluß der Westzonen zu überwinden, wurde vom State Department das Programm einer gemeinsamen Wirtschaftshilfe für die europäischen Länder entwickelt. Das am 5. Juni bewilligte European Recovery Program, das unter dem Namen Marshall-Plan bekannt wurde (Marshall hatte im Januar Byrnes als Außenminister abgelöst) sollte den Westen wirtschaftlich stabilisieren und gegen die sowjetische Propaganda immunisieren; das Hilfsangebot war aber auch an die Sowjetunion und die osteuropäischen Staaten gerichtet. Das Programm weckte in Europa große Hoffnungen auf Einigkeit und Unabhängigkeit; die Chance zeichnete sich ab, daß Europa sich als dritte Kraft zwischen den rivalisierenden Großmächten profilieren könnte. Im Sommer 1947 war die Situation durchaus offen.⁴⁰ Die Sowjetunion nahm eine längere Bedenkzeit in Anspruch, und erst die Tatsache, daß die Regierungen der anderen osteuropäischen Länder gewillt waren, auch ohne die Sowjetunion am Marshall-Plan teilzunehmen, ließ die Absage der UdSSR äußerst schroff ausfallen. Die Satellitenstaaten mußten sich ihr anschließen.

Im September startete die Sowjetunion ihre Gegenoffensive. ZK-Sekretär Andrej Schdanow entwickelte auf einer Konferenz, an der die Führungsspitzen der kommunistischen Parteien aus neun Ländern teilnahmen, die Theorie vom unversöhnlichen Gegeneinander des imperialistischen und antidemokratischen Lagers einerseits und des antiimperialistischen und demokratischen Lagers andererseits.⁴¹ Auf den Marshall-Plan als „Plan zur Versklavung Europas“ mußten die kommunistischen Parteien durch rigide Straffung und einheitliche Ausrichtung reagieren. Die Gründung des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) stellte den organisatorischen Rahmen für dieses Aktionsprogramm bereit. Es bedeutete die Abkehr von der Volksfrontstrategie und die offene Übernahme des sowjetischen Modells in allen „Volksdemokratien“. Die

39 Vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 166.

40 Zum Marshall-Plan und der sowjetischen Reaktion vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 174–185.

Dynamik der bisher in den einzelnen Ländern betriebenen Gesellschaftspolitik beschleunigte den Transformationsprozeß. Nun erhielten alle von der UdSSR kontrollierten Staaten das für die Volksdemokratien „charakteristische Herrschaftsgefüge: die institutionalisierte Hegemonie der zentralistisch vereinigten Arbeiterpartei“⁴². Der Bruch mit Tito im Juni 1948 verschärfte den Führungsanspruch der Sowjetunion weiter. In mehreren Säuberungswellen wurden in allen ost-europäischen Ländern vermeintliche Gegner verfolgt. Das schonungslose Vorgehen in Osteuropa und die Feindseligkeit der sowjetischen Propaganda schienen die Befürchtungen der westlichen Länder zu bestätigen und ließen diese noch enger zusammenrücken. An der Jahreswende 1947/48 war der Kalte Krieg manifest.

2.1.4 Konsequenzen für Deutschland

Die Übertragung der Politik der Eindämmung auf deutschen Boden wirkte sich als Konzentration auf die Westzonen aus. Dennoch überwogen zunächst noch die Versuche, zu einer interalliierten Einigung zu kommen.⁴³ Byrnes schlug im Frühjahr 1946 ein Demilitarisierungsabkommen auf 25 Jahre vor mit der Einsetzung einer Vier-Mächte-Inspektionstruppe nach Abschluß eines Friedensvertrags.⁴⁴ Und der stellvertretende amerikanische Militärgouverneur in Berlin, General Lucius D. Clay, handelte mit seinem sowjetischen Gegenüber, General Sokolowski, 1946 bis ins Detail einen sowjetischen Kompromißvorschlag aus, der die Lieferung sowjetischer Rohstoffe für die Produktion von Reparationen, die wirtschaftliche Vereinigung aller vier Zonen, die Errichtung einer gesamtdeutschen Verwaltung und ein ausgewogenes Export-Import-Programm vorsah.⁴⁵ Beide Vereinbarungen kamen nicht zustande. Statt dessen schritt, der Logik der Situation gemäß, die Teilung weiter voran. Gerade Clays Bemühen, die in Potsdam vereinbarte Wirtschaftseinheit Deutschlands herzustellen, um zu einer Sanierung der katastrophalen ökonomischen Verhältnisse und zu einer Verringerung des amerikanischen (Finanz-)Engagements zu gelangen, sollte die Separierung beschleunigen.

Clays Erfahrung im Kontrollrat war die einer beständigen französischen Obstruktion. Sie wurde unmittelbar nach der Potsdamer Konferenz, an der die Franzosen zu ihrer Erbitterung nicht teilnehmen durften, von ihnen programmatisch angekündigt. Frankreich war ähnlich wie die Sowjetunion von Krieg und Okkupation unmittelbar betroffen und suchte sich dafür in seinem Besatzungsgebiet zu entschädigen. Das extreme Sicherheitsbedürfnis ließ Frankreich Pläne der Parzellierung Deutschlands (Abtrennung des Saargebiets und Rheinlands) und einer Internationalisierung der Ruhr (ein Vorschlag, mit dem auch die Sowjets aufgrund wirtschaftlicher

41 Loth zufolge war diese Gegenüberstellung nicht geographisch, sondern politisch gemeint; das Kominform-Programm weise eine „kooperative Grundlinie“ auf. – Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, S. 115. Doch geht aus der Shdanow-Rede unmißverständlich hervor, mit welchen Ländern bzw. Hemisphären die Begriffe „imperialistisch“ bzw. „antiimperialistisch“ identifiziert wurden. Dies schließt werbende Bemühungen, „fortschrittliche Kräfte“ unabhängig von der Staatszugehörigkeit für das ‚richtige Lager‘ zu gewinnen, nicht aus. Vgl. Kap. 3.2.

42 Staritz, *Die Gründung der DDR*, S. 149.

43 Den sowjetischen Einheitswillen unterstreichen: Viskov/Kul'bakin, *Sojuzniki i „germanskij vopros“*, S. 254 u. 165.

44 Zum Schicksal des Entwaffnungsvertrags vgl. von Butlar, *Ziele und Zielkonflikte*, S. 67–75.

45 Vgl. Backer, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands*, S. 139.

Interessen sympathisierten) entwickeln. Sie führten zum Einspruch gegen alle in Potsdam vereinbarten Versuche, deutsche zentrale Verwaltungsbehörden einzusetzen. Die Sowjets wiederum verweigerten ihre Zustimmung zu einem vereinigten Export-Import-Plan vor Lösung des Reparationsproblems. Um Frankreich zur Aufgabe seines Vetos gegen die Einheit zu veranlassen und das sowjetische Nein zu überwinden, stoppte Clay im Mai 1946 alle Reparationslieferungen aus der amerikanischen Zone bis zur Verabschiedung eines Export-Import-Plans für das gesamte Deutschland und kündigte einen trizonalen Kurs auch an Frankreich vorbei an.⁴⁶ Die dazu notwendige Verständigung mit der Sowjetunion kam nicht zustande. Das Konzept einer amerikanisch-britischen Bizone, zunächst eine „finanzielle Notmaßnahme“⁴⁷, gewann seit Juli 1946 Kontur; (am 1. Januar 1947 trat der Zusammenschluß in Kraft).⁴⁸ Mit seiner Rede in Stuttgart vom 6. September 1946 machte Byrnes „den ersten Zug in einer auf die Westdeutschen beschränkten Werbe- und Integrationspolitik“⁴⁹, ohne diesen Adressaten eindeutig zu nennen: Den Deutschen wurde die baldige Rückkehr zur Selbstbestimmung und der wirtschaftliche Wiederaufbau versprochen.

Auch wenn die sowjetische Deutschlandpolitik nach Möglichkeit alle Einblicke Außenstehender zu verhindern suchte, gilt für die ersten Nachkriegsjahren eine Konkurrenz verschiedener Linien doch als gesichert:⁵⁰ Shdanow votierte offenbar für einen deutschen Sonderstaat als sowjetische Einflußsphäre. Dem stand eine pragmatische, auf wirtschaftliche Erwägungen konzentrierte Linie mit den Exponenten Mikojan und Molotow gegenüber und der Kurs Malenkows und Berijas, die zwar für die ökonomische Ausplünderung der SBZ eintraten, aber in gesellschaftspolitischer Hinsicht eine moderate, minimalistische Haltung bezogen, ja eine mögliche Preisgabe des Territoriums einkalkulierten. Alle Gruppierungen hatten ihre Sachwalter innerhalb der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) und unter den deutschen Politikern. Stalin taktierte anscheinend, um ein Maximum an Möglichkeiten offenzuhalten: Von der Vernichtung und Ausbeutung des Reiches (I) über ein Arrangement mit einem einheitlichen, unabhängigen Deutschland (II), der ‚Sowjetisierung‘ ganz Deutschlands (III) bis hin zur Teilung Deutschlands und der Sowjetisierung der eigenen Zone (IV).⁵¹ Die Unentschiedenheit wirkte sich in der auf deutschem Boden betriebenen Politik als Widersprüchlichkeit aus. Erst mit Beginn des Jahres 1948 kam eindeutig die vierte Alternative zum Zuge, obwohl bereits vorher Elemente des sowjetischen Modells in die SBZ transferiert worden waren.

46 Damit war der mühsam ausgehandelte Industrieniveauplan vom März 1946 wieder hinfällig. Zu diesem Plan im einzelnen: Eschenburg, *Jahre der Besatzung*, S. 271f.; von Butlar, *Ziele und Zielkonflikte*, S. 98–108.

47 Vgl. Backer, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands*, S. 137.

48 Zur Bizonegründung und den verschiedenen Umgestaltungen ihrer Organisationsstruktur im einzelnen vgl. Benz, *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik*, S. 35–118.

49 Graml, *Die Alliierten*, S. 186. Ausführliche Wiedergabe der Rede bei Eschenburg, *Jahre der Besatzung*, S. 273ff. Vgl. die abweichende Interpretation der Rede bei Backer, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands*, S. 137f. und Benz, *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik*, S. 39f.

50 Zu den unterschiedlichen deutschlandpolitischen Konzeptionen sowjetischer Politiker vgl. die Einschätzungen bei: Meissner, *Rußland*, S. 59; Osten, *Die Deutschlandpolitik*, S. 1–15; Balfour/Mair, *Four Power Control*, S. 44f.; Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, S. 266f.; Ra'anana, *International Policy Formation*, S. 85–100.

51 Alternativen nach Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, S. 217–269.

Denn der äußeren Auseinanderentwicklung zwischen den Besatzungszonen entsprach eine innere, gesellschaftspolitische. Die Konzentration auf wirtschaftliche und administrative Effizienz und die Orientierung an den Leitbildern der eigenen Gesellschaft bewirkten im Westen,⁵² daß Clays Vierpunkteprogramm des Anfangs – Entmilitarisierung, Demokratisierung, Entnazifizierung, Entflechtung der Kartelle – hinter den hochgesteckten Ansprüchen zurückblieb;⁵³ sozialistische Reformbestrebungen wurden unterbunden und überkommene Strukturen restituiert, allerdings auch westliche Verfassungsprinzipien, was revolutionär genug wirkte, eingeführt.⁵⁴ In der sowjetischen Besatzungszone war die innenpolitische Umwandlung im vergleichbaren Zeitraum sehr viel weiter fortgeschritten:⁵⁵ Bereits die Bodenreform von 1945 mit der entschädigungslosen Enteignung des agrarischen Großgrundbesitzes, die Industriereform einschließlich der Enteignung und Umwandlung von 200 großen Betrieben in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAGs) bis Oktober 1946, von der ein Viertel der Gesamtproduktion betroffen war, sowie die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 und die Gleichschaltung der antikommunistischen Parteien setzten deutliche Zeichen einer Loslösung. Zwar hielten die Sowjets ihre Forderungen nach Reparationen in der in Jalta genannten Höhe, nach Ausdehnung der Demokratisierungsmaßnahmen auch auf die Westzonen und nach einer Vier-Mächte-Kontrolle der Ruhr aufrecht, doch sperrten sie sich gleichzeitig gegen Einblicke und Eingriffe des Alliierten Kontrollrats. Enteignungen, die gewünschte Personalpolitik und die Blockbildung der Parteien ließen sich ohne gemeinsame Behörden leichter durchführen.⁵⁶

Vor Ort, und das heißt in diesem Fall in Berlin, dem Sitz des Alliierten Kontrollrats, stellten sich die Dinge oft anders dar als auf internationaler Ebene. Clay, dies gilt es als für das Klima in der Stadt bestimmenden Faktor hervorzuheben, hielt lange an der Zusammenarbeit mit den Sowjets fest.⁵⁷ Das französische Blockieren aller wichtigen Demarchen im Kontrollrat war für ihn die prägende Erfahrung. Dem sowjetischen Vertreter im Kontrollrat, äußerte Clay Anfang April 1946 gegenüber dem State Department, „kann nicht vorgeworfen werden, die Potsdamer Vereinbarungen zu verletzen“. Diese würden im Gegenteil gewissenhaft eingehalten.⁵⁸ Ebenso lehnte er im August 1946 die Einrichtung von Radio Liberty ab, da sie „nicht dem Geist der Viermächte-Regierung“ entspräche.⁵⁹ Erst im Laufe des Jahres 1947 rückte Clay von dem bisherigen Optimismus einer fruchtbaren Zusammenarbeit mit den Sowjets ab⁶⁰ und verkündete Ende Oktober einen neuen amerikanischen Propagandakurs mit antikommunistischer

52 Zu den Unterschieden zwischen den einzelnen Westzonen vgl. Graml, *Die Alliierten*, S. 124ff.; zu den einzelnen Besatzungskonzeptionen in Abhängigkeit von der jeweiligen Interpretation des Nationalsozialismus vgl. *La dénazification par les vainqueurs*; Zur französischen Kulturpolitik im besonderen siehe: *Französische Kulturpolitik in Deutschland*; Zu den Grundmustern der Einstellung bei den Amerikanern vgl. im Detail: Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, S. 92–104.

53 Dazu im einzelnen: Backer, *Die deutschen Jahre des Generals Clay*, S. 75–92.

54 Vgl. Graml, *Die Alliierten*, S. 127.

55 Vgl. Staritz, *Die Gründung der DDR*, S. 37–147; Weber, *Geschichte der DDR*, S. 47–144; von Butlar, *Ziele und Zielkonflikte*, S. 108–167.

56 Vgl. Graml, *Die Alliierten*, S. 117; vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 145.

57 Backer, *Die deutschen Jahre des Generals Clay*, S. 209f.; Krieger, *General Lucius D. Clay*, S. 101ff.

58 Zit. nach Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 147.

59 Zit. nach Backer, *Die deutschen Jahre des Generals Clay*, S. 234.

60 Graml datiert diesen Wechsel der Überzeugung noch später, auf März 1948. – Vgl. Graml, *Die Alliierten*, S. 203f.

Stoßrichtung.⁶¹ An die Stelle des Kampfes für ein einheitliches Deutschland trat bei Clay das Votieren für die Schaffung eines starken westdeutschen Staates als Bollwerk gegen den Kommunismus.

Den Kontext für diesen Umschwung bildete das Scheitern der Außenministerkonferenzen in Moskau März/April 1947 und in London November/Dezember 1947. Bis zu der Moskauer Tagung gab es auf amerikanischer Seite noch keine unwiderruflichen Festlegungen in Richtung Teilung; sie wurde erst auf diesem Treffen bestätigt.⁶² Gegen einen sowjetischen Kompromißvorschlag (und Clays Votum) entschied sich die amerikanische Regierung für den einmal eingeschlagenen Bizonenkurs.⁶³ Auf der Londoner Tagung wurde gar nicht mehr ernsthaft nach einem Konsens gesucht. Die Konferenz wurde wegen Unvereinbarkeit der Standpunkte auf unbestimmte Zeit vertagt. Stattdessen trafen sich im Februar 1948 die Außenminister der drei Westmächte und der Benelux-Länder in London, um gegen den vehementen Protest der Sowjetunion über die staatliche Organisation der Westzonen zu beraten. Die am 7. Juni veröffentlichten Londoner Empfehlungen enthielten den Auftrag an die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder, bald eine Verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Strittige Fragen wie die Internationalisierung der Ruhr oder die Proportionen zwischen Föderalismus und Zentralismus wurden mit Formelkompromissen zugedeckt.⁶⁴

Nach der Londoner Konferenz der Westmächte brach die Alliierte Verwaltung für Deutschland auseinander: Am 20. März 1948 verließen die sowjetischen Vertreter den Kontrollrat und am 16. Juni 1948 auch die Alliierte Kommandantur in Berlin. Die Ankündigung der Staatenbildung in Westdeutschland und der Beschluß zur separaten Währungsreform, nachdem die westlichen Vorschläge zu einer gemeinsamen Währungsreform im Alliierten Kontrollrat am sowjetischen Widerstand gescheitert waren,⁶⁵ waren Auslöser der Berlinkrise. Nachdem im März und April kleinere Blockaden vorausgegangen waren, sperrten die Sowjets am 24. Juni alle Landverbindungen zwischen Berlin und den Westzonen und unterbrachen die Strom- und Kohleversorgung. Das Ziel der Sowjets war offenbar, die Westmächte zu einer Revision der Staatenbildung in Westdeutschland zu zwingen⁶⁶ oder sie zumindest aus Berlin hinauszudrängen⁶⁷. Tatsächlich ist in Washington im Juli und August aus Furcht vor einem bewaffneten Konflikt und einer dauern-

61 Vgl. BA Koblenz: OMGUS, ODI 7/22-1/10-13.

62 Vgl. Backer, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands*, S. 150; Schwarz, *Vom Reich zur Bundesrepublik*, S. 81, 119f. Zur Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947 als deutschem Versuch, der Spaltung entgegenzuwirken, vgl. Eschenburg, *Jahre der Besatzung*, S. 275ff.; Weber, *Geschichte der DDR*, S. 148ff. Zu der seither gegebenen Unversöhnlichkeit der beiderseits ideologisierten Positionen vgl. Viskov/Kul'bakin, *Sojuzniki i „germanskij vopros“*, S. 91.

63 Vgl. Backer, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands*, S. 158–163; Backer, *Die deutschen Jahre des Generals Clay*, S. 208ff.; Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, S. 83–88.

64 Vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 231. Zu dem Londoner Kommuniqué und den deutschen Reaktionen im einzelnen: Benz, *Von der Besatzungsherrschaft zur Bundesrepublik*, S. 156–175.

65 Zur Debatte um die Währungsreform vgl. Backer, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands*, S. 113–127.

66 Vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 232ff.

67 So die Interpretation Gramls, *Die Alliierten*, S. 208. Vermutlich hatten die Sowjets gleichzeitig das Maximalziel (Abgehen von der Weststaatsbildung) und das Minimalziel (Räumung Berlins) vor Augen. – Vgl. Backer, *Die deutschen Jahre des Generals Clay*, S. 276.

den – auch finanziellen – Belastung ernsthaft darüber diskutiert worden, die westdeutsche Staatsgründung zu suspendieren.⁶⁸ Der Beschluß der Amerikaner, dennoch die Kraftprobe einzugehen und die Berliner Bevölkerung über eine Luftbrücke zu versorgen, sollte den Formationsprozeß des Westblocks stabilisieren und beschleunigen. Die Sowjets hatten mit ihrer Blockade, die erst im Mai 1949 wieder aufgehoben wurde, den antikommunistischen Konsens im Westen entscheidend gekräftigt und dem Gegner zu einem triumphalen Propagandasieg verholfen.

Die Ministerpräsidenten der Länder in den Westzonen, die Anfang Juli noch den Auftrag zur Einberufung einer Verfassungsgebenden Versammlung zurückgewiesen hatten, willigten kurze Zeit später ein, allerdings mit dem (von den Militärgouverneuren akzeptierten) Vorbehalt, ein Grundgesetz statt einer Verfassung auszuarbeiten, um den provisorischen Charakter der Staatsgründung zu akzentuieren. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet und am 7. September 1949 trat der erste Deutsche Bundestag zusammen.

Am 7. Oktober 1949 konstituierte sich die Provisorische Volkskammer der DDR. Vorbereitet war die Gründung durch den im November 1947⁶⁹ einberufenen „Deutschen Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ und den vom Zweiten Volkskongreß im März 1948 installierten Deutschen Volksrat.⁷⁰ Der dritte Volkskongreß trat im Mai 1949 zusammen. Die Volkskongreßbewegung erfüllte eine doppelte Funktion: Sie diente der nationalen Agitation, durch die dem Westen die Schuld an der Spaltung zugeschrieben und der eigene Einheitswillen bekräftigt wurde, schuf aber auch die institutionellen und legitimatorischen Voraussetzungen für die Gründung der DDR.⁷¹

Im Zuge der ideologischen Polarisierung wurde die Ost-West-Auseinandersetzung nicht mehr als machtpolitisches Ringen um Einflußsphären, sondern als existentieller Kampf zwischen gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen und Lebensformen begriffen. Beide Seiten erlagen dabei den Hysterie produzierenden Mechanismen einer überdimensionierten Konfliktdarstellung. Unter dem Eindruck des kommunistischen Sieges in China begann im Winter 1949/50 in den USA der „Angriff der Primitiven“, wie der damalige Außenminister Acheson ihn nannte.⁷² Zur zentralen Figur dieser Bewegung wurde der republikanische Senator Joseph R. McCarthy mit seinem Feldzug gegen „unamerikanische Umtriebe“. Unter Außenminister Dulles wurde mit der Formulierung des roll back eine „ideologisch überhitzte und verhärtete Version der ‚Containment-Politik‘“⁷³ ausgegeben: die zur Schau gestellte Politik der Stärke beruhte auf einer aggressiven, aber nicht von realer Macht gedeckten Befreiungs-Rhetorik. In seine heiße Phase geriet der Kalte Krieg mit dem Koreakrieg (1950–1953), der zwar in seiner territorialen Ausdehnung begrenzt blieb, aber die Blockbildung, und das heißt auch die Einbeziehung der Bundesrepublik und der DDR in das westliche bzw. östliche Bündnissystem forcierte.

68 Vgl. Loth, Die Teilung der Welt, S. 234f.

69 Die Einberufung des Volkskongresses fand also kurz vor der Londoner Außenministerkonferenz statt, auf die man Einfluß nehmen wollte. – Vgl. Weber, Geschichte der DDR, S. 156; Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 203; Loth, Stalins ungeliebtes Kind, S. 97.

70 Vgl. Staritz, Die Gründung der DDR, S. 165ff. Im Detail: Bender, Deutschland einig Vaterland?

71 Vgl. Staritz, Die Gründung der DDR, S. 166f.; Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 204.

72 Vgl. Loth, Die Teilung der Welt, S. 272.

73 Graml, Die Alliierten, S. 179.

1952 sollte die westliche Blockkonsolidierung durch die (in der deutschen Öffentlichkeit äußerst kontrovers diskutierte) Wiederbewaffnung Westdeutschlands im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) abgeschlossen werden. Zur Abwendung dieses Projekts intervenierte Stalin mit vier Deutschlandnoten (März, April, Mai und August 1952): sein Konzept für einen Friedensvertrag sah ein wiedervereinigtes, neutrales Deutschland vor, in dem – von paritätisch besetzten Gremien aus beiden deutschen Staaten vorbereitete und von den vier Alliierten beaufsichtigte – freie Wahlen stattfinden sollten. Inwieweit es sich dabei um ein ernsthaftes Angebot handelte und somit eine Chance zur Einheit verpaßt wurde, wird nach wie vor kontrovers diskutiert.⁷⁴ Konrad Adenauer erteilte Stalin eine unmißverständliche Absage. Am 26. Mai 1952 wurde der Generalvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts und am 27. Mai der EVG-Vertrag⁷⁵ paraphiert.

Am Tag der Unterzeichnung des Generalvertrags riegelte die DDR die bis dahin weitgehend durchlässigen Zonengrenzen ab. Nachdem die Wirkung der sowjetischen Friedensinitiative abgewartet worden war, verkündeten die Delegierten der 2. Parteikonferenz der SED (9.–12. Juli), „daß der Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe in der Deutschen Demokratischen Republik geworden ist“⁷⁶. Damit war das längst fällige Bekenntnis zur realen volksdemokratischen Entwicklung abgelegt.⁷⁷

Nach der Parteikonferenz wurde der Transformationsprozeß beschleunigt und der „Klassenkampf“ verschärft, was zusammen mit einer Versorgungskrise im Winter 1952/53 erhebliche Unzufriedenheit bei der Bevölkerung und eine Fluchtwelle auslöste. Der Tod Stalins am 5. März 1953 führte allerdings dazu, daß die offenbar in der Sowjetunion gerade konzipierte neue Säubungswelle einer innenpolitisch notwendigen Entspannungsoffensive Platz machen mußte. Obwohl die SED-Führung dazu aufgefordert wurde, die „Überspitzungen“ des sozialistischen Aufbaus zu revidieren,⁷⁸ beschlossen das Zentralkomitee und der Ministerrat noch im Mai 1953 eine generelle Erhöhung der Arbeitsnormen um durchschnittlich 10%, die bis zum 60. Geburtstag Ulbrichts am 30. Juni gültig sein sollte. Der auf sowjetischen Druck hin am 9. Juni verkündete „Neue Kurs“⁷⁹ sah zwar Erleichterungen für die Privatwirtschaft, den Mittelstand, die Bauern und die Intellektuellen vor, doch der Arbeiterschaft wurden keine Konzessionen gemacht. Die Unzufriedenheit brach sich in Demonstrationen und einer Streikbewegung Bahn, die am 17. Juni

74 Exemplarisch aus der aktuellen Diskussion; die Angebots-These befürwortet: Loth, *Stalins ungeliebtes Kind*, S. 175–184; abgelehnt wird sie von: Wettig, *Die Stalin-Note*, S. 157–167; ders., *Die Deutschland-Note*, S. 786–805; von der Nicht-Entscheidbarkeit der Frage, auch mit den heutigen Archivkenntnissen, gehen aus: Laufer, *Die UdSSR*, S. 1201–1204; Scherstjanoi, *Zur aktuellen Debatte um die Stalin-Note*, S. 181–185.

75 Allerdings scheiterte die Realisierung der EVG am Widerstand Frankreichs. An ihre Stelle traten die Westeuropäische Union (WEU) und die NATO. – Vgl. Loth, *Die Teilung der Welt*, S. 319–334.

76 Protokoll der Verhandlungen der 2. Parteikonferenz, S. 492. – Zur Interpretation der Parteikonferenz s. Staritz, *Die Gründung der DDR*, S. 178–185.

77 Die Zustimmung zur Sozialismus-Entscheidung gab Stalin erst kurz vor der Parteikonferenz. – Vgl. Otto, *Sowjetische Deutschlandpolitik*, S. 950; Scherstjanoi, *Die DDR im Frühjahr 1952*, S. 355.

78 Zur Situationsanalyse seitens der sowjetischen Partei- und Staatsführung vgl. Stöckigt, *Direktiven aus Moskau*, S. 81–88.

79 Vgl. Scherstjanoi, „Wollen wir den Sozialismus?“, S. 658–680.

gewaltsam niedergeschlagen wurde.⁸⁰ Die Junirevolte war gleichzeitig Arbeiteraufstand und revolutionäre Erhebung, bei dem sich Protest nicht nur gegen die wirtschaftliche Verschlechterung, sondern ebenso gegen das politische System Bahn brach.⁸¹

Die sowjetischen Panzer wälzten auch die damals virulente Möglichkeit einer anderen deutschlandpolitischen Entwicklung nieder.⁸² Vor allem Berija hatte Pläne für ein „einheitliches“ und „friedliches“ Deutschland entwickelt, die – so die Vorwürfe bei der ‚Abrechnung‘ der Parteit Spitze mit Berija im Juli 1953⁸³ – auch die Liquidierung der DDR einkalkuliert hätten. Wladimir Semjonow, mit dem neu installierten Amt eines sowjetischen Hochkommissars in Deutschland betraut, war die Aufgabe zugefallen, den Neuen Kurs (und die Machtenthebung Ulbrichts) in der SED-Führung durchzusetzen, wobei ihn der DDR-Minister für Staatssicherheit Wilhelm Zaisser und der Chefredakteur des „Neuen Deutschland“ Rudolf Herrnstadt unterstützten.⁸⁴ Ulbrichts Position wurde durch die Ereignisse des 17. Juni wieder gefestigt. Berija wurde am 26. Juni seiner Ämter enthoben und im Dezember hingerichtet; im Juli wurden Zaisser und Herrnstadt wegen „parteidinkliger Fraktionsbildung“ aus dem ZK ausgeschlossen. Der Status quo war wieder hergestellt.

2.2 Der kulturpolitische Hintergrund in der Sowjetunion 1945–1953

2.2.1 Die Situation bis 1946

Unter dem Blickwinkel des Verhältnisses von Kultur und Macht stellt sich die sowjetische Kulturpolitik, am Beispiel der Literaturpolitik, seit der Oktoberrevolution bis zur zweiten Hälfte der 40er Jahre als ein Übergang vom tolerierten, ja erwünschten Nebeneinander verschiedener Gruppierungen und Strömungen in den 20er Jahren bis hin zu einer immer stärkeren institutionellen und ideologischen Vereinnahmung und Vereinheitlichung seit Anfang der 30er Jahre dar. Eine entscheidende Rolle hierbei spielten die Gründung des Schriftstellerverbandes 1934 und die Etablierung des sozialistischen Realismus als verbindliche Schaffensmethode. Die Sammlung aller „patriotischen Kräfte“ während des Zweiten Weltkriegs führte zu einer zeitweiligen ‚Lockerung‘ der staatlichen Eingriffe, die allerdings im Umfeld der Schlacht von Stalingrad bereits wieder teilweise zurückgenommen wurde. Die letzte Phase des Krieges mit dem absehbaren Sieg über die Hitlertruppen und das erste Nachkriegsjahr standen im Zeichen einer relativen kulturpolitischen Entspannung, die mit einer kurzzeitigen optimistischen Einschätzung der

80 Vgl. Baring, Der 17. Juni 1953; Hagen, DDR – Juni '53; Mitter/Wolle, Untergang auf Raten, S. 27 bis S. 162; über den aktuellen Forschungsstand unterrichtet: Spittmann, Zum 40. Jahrestag des 17. Juni, S. 635–639.

81 Vgl. Mitter/Wolle, Untergang auf Raten, S. 160. Vor allem bei einer zweiten Streikwelle im Juli „stand hinter den ökonomischen Forderungen“ unbestreitbar „das Verlangen nach politischen Veränderungen“ (ebd., S. 132); so auch in: Mitter, Die Ereignisse im Juni und Juli 1953, S. 36.

82 Vgl. Bonwetsch, Deutschlandpolitische Alternativen, S. 320–340.

83 Vgl. Lew Besymenski, 1953 – Berija will die DDR beseitigen, in: Die Zeit vom 15. 10. 1993; Der Fall Berija.

84 Vgl. Herrnstadt, Das Herrnstadt-Dokument; Vgl. auch: Müller-Enbergs, Der Fall Rudolf Herrnstadt.

weltpolitischen Lage in der sowjetischen Führung einherging. Diese betraf z.B. die Möglichkeiten der friedlichen Koexistenz und einer eventuellen wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den USA.⁸⁵

Ab Mitte 1946 setzte eine erneute Verhärtung ein, die zugleich ideologisch und machtpolitisch begründet war. Nicht nur die Kulturpolitik (im engeren Sinne), sondern auch Ökonomie und Wissenschaft (vor allem im Bereich der Biologie) waren in die Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Parteifunktionären Georgi Malenkow und Andrej Shdanow und deren jeweiligen Anhängern einbezogen, die seit Ende der 30er Jahre mit wechselnden Begünstigungen und Herabstufungen schwelten.⁸⁶ Auch hinsichtlich der Deutschlandpolitik vertraten Shdanow und Malenkow unterschiedliche Positionen,⁸⁷ die sich letztlich auch in Richtungskämpfen innerhalb der SED niederschlugen. Aufgrund dieses Funktionszusammenhangs wird im folgenden die kulturpolitische Ausgangslage 1945/46 unter dem Gesichtspunkt der Rivalität zwischen Shdanow und Malenkow skizziert, während die weitere Entwicklung speziell der sowjetischen Literaturpolitik bis 1953 großflächiger, jedoch stets im Hinblick auf ihre Relevanz für die Formierung eines sozialistischen Kulturmodells in der SBZ und frühen DDR dargestellt wird.

Shdanow, der ebenso wie Malenkow eine steile Parteikarriere aufweisen konnte, leitete während des Krieges die Verteidigung Leningrads, während Malenkow eine einflußreiche Position als Chef der Kaderabteilung des ZK-Sekretariats innehatte. Nach Kriegsende unternahm Shdanow erfolgreich den Versuch, Malenkow bei Stalin zu diskreditieren, indem er ihm vorwarf, die von ihm ausgewählten und geführten Kader hätten sich zu sehr auf die Industrieproduktion konzentriert und infolgedessen im Bereich von Kunst und Literatur das Eindringen „schädlicher liberaler Tendenzen“ geduldet.⁸⁸ Diese Linie, so die ideologische Begründung für die machtpolitisch motivierte Demarche, könne (erst recht) unter den Nachkriegsbedingungen nicht aufrechterhalten werden. Nach dem militärischen Sieg über Deutschland müsse die Welt nun auch vom Sieg des Sozialismus als politischem System überzeugt werden. Das Volk hatte vermehrt Opfer für den wirtschaftlichen Aufbau zu bringen; die Pflicht der „schöpferischen Intelligenz“ war es, durch eine von Optimismus getragene Kunst und Literatur dazu aufzurufen. Resignative Stimmungen und ein Rückzug ins Individuelle infolge der Kriegserlebnisse galten, ebenso wie ein zu ausgeprägt kritischer Gestus, als kontraproduktiv. Damit waren die Abgrenzungskriterien vorgegeben, die die kulturpolitische Situation der kommenden Jahre bestimmen sollten. Ästhetische Fragen wurden zunächst in den Hintergrund gedrängt und die Begrifflichkeit gegenüber ‚Abweichungen‘ verschärft. Apolitische Haltung und Neutralität, Dekadenz und Katzbuckelei vor dem Westen waren die neuen, negativ besetzten Schlagwörter.⁸⁹ Im Zuge der von Stalin gebilligten

85 Vgl. Hahn, *Postwar Soviet Politics*, S. 24f.

86 Fraktions- und Machtkämpfe innerhalb der Partei wurden von Stalin zur Aufrechterhaltung seiner eigenen Macht zumindest teilweise bewußt inszeniert. In dem Augenblick, wo ein Vertreter der einen oder anderen Fraktion sich anschickte, eine zu große Machtfülle auf sich zu konzentrieren, verlor er, zumeist in Kombination mit ideologischen Gründen, seine exponierte Position. – Vgl. Ra’anan, *International Policy Formation*, S. 5.

87 Siehe Kap. 2.1.

88 Hahn, *Postwar Soviet Politics*, S. 19. Die ideologischen ‚Lockerungen‘ während des Krieges waren jedoch weniger ein Zeichen von Nachlässigkeit als Teil einer bewußten, gewiß von Stalin selber initiierten Politik der nationalen Sammlung zur Verteidigung der Sowjetunion.

Neufestlegung des literaturpolitischen Kurses verlor Malenkow 1946 kurzzeitig seinen Posten im ZK-Sekretariat.⁹⁰

Exemplarisch und unmißverständlich ging die Partei unter Federführung Shdanows gegen die Leningrader Literaturzeitschriften „Leningrad“ und „Swesda“ und besonders gegen die darin publizierten Werke der Lyrikerin Anna Achmatowa und des Satirikers Michail Sostschenko vor. In einem ZK-Erlaß vom 14. August 1946 wurde die Veröffentlichungspolitik dieser Zeitschriften kritisiert. Achmatowa tat man darin als Vertreterin der „alten“, vorrevolutionären „Salonpoesie“ ab und beschuldigte sie der „Dekadenz“ und des „bürgerlich-aristokratischen Ästhetizismus“. In seinem begleitenden Referat schreckte Shdanow auch nicht vor persönlichen Verunglimpfungen zurück („halb Nonne, halb Dirne“).⁹¹ Sostschenko warf man „gewöhnheitsmäßige Verhöhnung der sowjetischen Lebensweise und der Sowjetmenschen“ vor, ein ‚Vergehen‘, das der planmäßigen positiven Darstellung des sozialistischen Aufbaus nach innen und außen entgegenstand, und prangerte seine „faule und verkommene gesellschaftlich-politische und literarische Physiognomie“ an.⁹² Kampagnen gegen abweichende Schriftsteller, Künstler und Komponisten waren ein fester Bestandteil sowjetischer Kulturpolitik und damit des „sowjetischen Modells“. Sie konnten sich in Details ihrer Durchführung und in den Folgen für die Betroffenen unterscheiden, wiesen insgesamt jedoch eine nahezu standardisierte Funktionsweise auf. Daher wird im folgenden der Fall Sostschenko näher beleuchtet, der auch die Aufmerksamkeit der Schriftsteller in der SBZ erregte.

2.2.2 Der Fall Sostschenko

Bereits 1943 sah sich der 1894 geborene Satiriker aufgrund seiner Erzählung „Vor Sonnenaufgang“ heftigen Angriffen ausgesetzt, die in ihrer Diktion durchaus mit der späteren Kampagne von 1946 vergleichbar waren. Auch nachdem diese Angriffe in der Öffentlichkeit zunächst verstummt waren, arbeitete die Parteiführung hinter den Kulissen weiter an der Demontage des Schriftstellers.⁹³ Nach Kriegsende erhielt Sostschenko indessen, zusammen mit anderen z.T. nicht genehmen Autoren wie Boris Pasternak, einen Orden für besonderen Einsatz bei der Ver-

89 Zur sowjetischen Kultur- und speziell Literaturpolitik der Nachkriegszeit vgl.: Swayze, *Political Control of Literature*, S. 28–50; Slonim, *Soviet Russian Literature*, S. 304–308; Hübner, *Literaturpolitik*, S. 190–249, bes. S. 226–229.

90 Vgl. Raʿanan, *International Policy Formation*, S. 22f. Offenbar spielten aber auch Fehler bei der Durchführung der Demontagen in der SBZ, für die Malenkow verantwortlich war, eine Rolle.

91 Shdanow, *Über Kunst und Wissenschaft*, S. 21 u. S. 118.

92 Ebd., S. 14 u. S. 16. Wenige Tage vor der Annahme des ZK-Beschlusses, am 9. 8. 1946, fand eine Sitzung mit Stalin, Shdanow, Malenkow, weiteren Vertretern des ZK der KPdSU und den Redakteuren der betroffenen Zeitschriften sowie einigen Leningrader Schriftstellern – nicht dabei waren Sostschenko und Achmatowa – statt, auf der die meisten der im Erlaß enthaltenen Anschuldigungen schon vorformuliert wurden („Propagierung von Ideenlosigkeit, kleinbürgerlicher Einfluß, Verbeugung vor dem Ausland“). – Vgl. Stenogramma zasedanija Orgbjuro CK VKP(b) po voprosu „O žurnalach ‚Zvezda‘ i ‚Leningrad‘“, RCChIDNI 17/117/1032, zit. nach: „Literaturnyj front“, S. 197–215. Der Schriftsteller Dmitri Lewonewski, der der Versammlung beiwohnte, hatte zuvor seine eigene Mitschrift veröffentlicht, deren Text an manchen Stellen vom offiziellen Stenogramm abweicht. – Levonevskij, *Istorija „Bolʹšogo bloknota“*, S. 190–205. Zu den einzelnen Fassungen des Erlasses bis zu seiner endgültigen Gestalt siehe Babičenko, *Pisateli i cenzory*, S. 133–136.

teidigung des Vaterlandes. Im Juni 1946 wurde er auf Beschluß der Leningrader Parteileitung sogar in die Redaktion von „Swesda“ aufgenommen. Aber schon Anfang August unternahm das Parteiorgan „Kultura i shisn“, vermutlich im Zusammenhang mit den bereits erwähnten machtpolitischen Vorgängen, einen ersten Angriff auf diese Zeitschrift im allgemeinen und eine darin kurz zuvor veröffentlichte Erzählung Sostschenkos „Die Abenteuer eines Affen“ im besonderen. Nur wenig später wurde der genannte Parteierlaß publiziert, in dem auch die Ernennung Sostschenkos zum Redaktionsmitglied als Fehler bezeichnet und ihm ungeachtet seines Ordens „würdeloses Verhalten“ während des Krieges vorgeworfen wurde. Das vernichtende Urteil über die Erzählung ergab sich gleichsam folgerichtig aus dieser Einschätzung.⁹⁴ Was nicht aus dem Erlaß hervorgeht, ist, daß Sostschenko die Erzählung für Kinder geschrieben hatte und sie erstmals Ende 1945 in der Vorschulkinder-Zeitschrift „Mursylka“ erschienen war. Danach wurde sie in zwei 1946 veröffentlichte Auswahlbände sowie unter der Rubrik „Kindererzählungen“ in einen Band des Verlags der Massenillustrierten „Ogonjok“ aufgenommen. Die Publikation in der Literaturzeitschrift „Swesda“ erfolgte ohne Wissen des Autors, der sie selber, nach eigenen Aussagen, nie diesem „seriösen publizistischen Organ“ angeboten hätte.⁹⁵ Vielleicht hatte gerade die Veröffentlichung in dieser Zeitschrift, die ja, wie aus dem Erlaß hervorgeht, schon einige Zeit unter besonderer Beobachtung gestanden hatte, das Maß der – nahezu systematisch – gegen Sostschenko gesammelten Anschuldigungen voll gemacht. Nach dessen Meinung hatte Stalin ohnehin eine persönliche Aversion gegen ihn und suchte offenbar nur nach einer Möglichkeit, ihn endgültig bloßzustellen.⁹⁶

In der Tat war Sostschenko einer der letzten Überlebenden einer Reihe von Autoren (Ilja Ilf, Jewgeni Petrow, Michail Bulgakow, Michail Kolzow u. a.), die sich in den zwanziger Jahren mit Satiren hervorgetan hatten, einer Gattung, die leicht dem Vorwurf der ausschließlichen Darstellung der „dunklen Seiten“ des Lebens ausgesetzt werden konnte. Darüber hinaus war Sostschenko, wie Achmatowa, im Westen sehr bekannt, und seine kritisch-satirischen Schilderungen der sowjetischen Lebenswelt wurden offenbar nicht selten pauschal als Regimekritik begrüßt.⁹⁷ Besorgt klangen die Anfragen nach dem Schicksal Sostschenkos während der Begegnungen, die

93 Vgl. Denis Babičenko, „Povest' prikazano rugat' ...“. Političeskaja censura protiv Michaila Zoščenko, in: Sovetskaja kul'tura vom 15. 9. 1990, und Babičenko, Pisateli i cenzory, S. 72–81. Dokumente des ZK der Kommunistischen Partei und des sowjetischen Schriftstellerverbands dazu in „Literaturnyj front“, S. 82f., 89–99, 105–110.

94 Shdanow, Über Kunst und Wissenschaft, S. 117f. Auf der schon genannten Sitzung vom 9. 8. 1946 hatte Shdanow auf seine Weise eine Inhaltsangabe der Erzählung von dem Affen gegeben, „der auf den Schultern und Köpfen der in der Schlange [vor einem Lebensmittelgeschäft] stehenden Menschen herumspringt. Er langweilt sich unter den Menschen und ihrer dummen Ordnung. [...] Die Gesellschaft wird als ungereimt dargestellt. Die Schlußfolgerung des Autors lautet: ‚Ich habe ihn wie einen Menschen erzogen.‘ usw. Folglich stellt der Affe ein Beispiel für den Menschen dar.“ – Levonevskij, Istoriija „Bol'sogo bloknota“, S. 192.

95 Vgl. Starkov, Michail Zoščenko, S. 233f; Offenbar war die Redaktionsmitgliedschaft Sostschenkos, wie nicht selten bei namhaften Autoren, eher nominell und schloß keine kontinuierliche Redaktionsarbeit ein. So konnte es dann geschehen, daß die Erzählung ‚an ihm vorbei‘ in der Zeitschrift publiziert wurde. Auf der Sitzung vom 9. August wurde ihm unter bewußter Entstellung der Tatsachen vorgeworfen, daß er als neues Mitglied des Redaktionskollegiums seine Erzählung dort selber untergebracht habe. – Levonevskij, Istoriija „Bol'sogo bloknota“, S. 195.

96 Vgl. Starkov, Michail Zoščenko, S. 231f.

die erste Schriftstellerdelegation aus der SBZ im April und Mai 1948 in Moskau mit sowjetischen Kollegen hatte.⁹⁸ Hier schwebten jedoch möglicherweise persönliche Befürchtungen mit.

Kurz nach dem Erlaß wurden Sostschenko und Achmatowa aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen. Ein Brief Sostschenkos an Stalin vom 26. August 1946, in dem er seine Loyalität gegenüber der Sowjetmacht beteuerte, wurde nicht erwidert.⁹⁹ Statt dessen zirkulierte innerhalb des ZK eine Reihe von Schriftstücken, in denen seine gesamte Biographie und sein Weg als Schriftsteller unter negativem Vorzeichen aufgerollt sowie zugetragene kritische Äußerungen Sostschenkos zur Literaturpolitik angeführt wurden mit dem Ziel, ihn endgültig zur Unperson zu erklären.¹⁰⁰ In der Folge hatte er erhebliche Publikationsschwierigkeiten, da kein Verlag und keine Zeitschrift das Wagnis auf sich nehmen konnte, etwas von ihm zu veröffentlichen, ohne sich selber parteiamtlicher Kritik auszusetzen. Auch dieser Mechanismus gehörte zur Funktionsweise einer Kampagne und war damit Bestandteil des sowjetischen Modells in der Kulturpolitik. Sostschenko lebte nun weitgehend von Übersetzungen, die jedoch z.T. ohne Nennung seines Namens verwendet wurden. In der September-Nummer 1947 der Literaturzeitschrift „Nowyj mir“ tauchte unverhofft eine Reihe kürzerer Erzählungen unter seinem Namen auf. Es handelt sich dabei um Berichte Leningrader Partisanen, die Sostschenko, wie er in seinem Vorwort schreibt, gehört und aufgezeichnet hatte.¹⁰¹ Es waren also, abgesehen von der sprachlichen Gestaltung, keine eigenen Produktionen. Etwas anderes war ein Jahr nach den Parteierlassen nicht möglich. Es war unbestreitbar ein Verdienst des damaligen Chefredakteurs von „Nowyj mir“ Konstantin Simonow, der zugleich einer der Sekretäre des sowjetischen Schriftstellerverbandes war, überhaupt diese Veröffentlichungsmöglichkeit für ihn ‚durchgebracht‘ zu haben, da sich die meisten Kollegen von ihm abgewandt hatten. Der Kontakt mit einer verfeindeten Person konnte gefährlich sein.¹⁰²

Zu den wenigen Freunden gehörte auch der Theaterregisseur Nikolai Akimow, der Sostschenko, um ihn von seinen Depressionen zu befreien, mit einem Stück beauftragt hatte (eine Satire über die Konkurrenz zweier amerikanischer Unternehmer). Obgleich das Stück von der Thematik her dem damaligen sowjetischen Zeitgeist entsprach, wurde es nie aufgeführt,¹⁰³ was zu jenem Zeit-

97 Es gibt zahlreiche Beispiele, daß ein Lob in der Westpresse gegen mißliebige Autoren in Anschlag gebracht wurde.

98 Siehe Kap. 7.1.

99 Starkov, Michail Zoščenko, S. 234; RCChIDNI 17/125/460, zit. nach: „Literaturnyj front“, S. 230ff.

100 So z. B. „Spravka na pisatelja Zoščenko, Michaila Michajloviča“ vom 10. 8. 1946 nach Erkenntnissen des Ministeriums für Staatssicherheit der UdSSR, „Streng geheim“; „Sekretarju CK VKP(b) tov. Ždanovu A. A. – Spravka o M. M. Zoščenko“ vom 14. 8. 1946; „Zapiska [A. M. Egolina] o M. M. Zoščenko“, vor dem 15. 8. 1946. – RCChIDNI 17/125/460, zit. nach: „Literaturnyj front“, S. 216ff., 220f., 225f. Auch seine adlige Abstammung wurde ihm vorgehalten.

101 Zoščenko, Nikogda ne zabudem, S. 148–172.

102 Vgl. Starkov, Michail Zoščenko, S. 235. Simonow hatte zunächst Shdanow schriftlich um die Erlaubnis zur Veröffentlichung dieser Erzählungen gebeten und, nachdem dieser die Antwort schuldig geblieben war, bei Stalin persönlich während eines Gespräches mit der Leitung des Schriftstellerverbands darum nachgesucht. Stalin gab sein Plazet. – Vgl. Simonov, Glazami človeka moego pokolenija, S. 55f. und S. 65. Dieses Beispiel zeigt, daß nicht jeder Einsatz für einen ausgestoßenen Kollegen automatisch negative Konsequenzen nach sich ziehen mußte; es belegt auch die vielfach berichtete Tatsache, daß die Reaktionen des Parteiführers keineswegs immer voraussehbar waren.

103 Starkov, Michail Zoščenko, S. 238f.

punkt auch gar nicht anders hätte sein können, war es doch etwas ‚Eigenes‘.¹⁰⁴ Ab 1950 erschienen kürzere satirische Beiträge von Sostschenko in der Zeitschrift „Krokodil“; 1953, erst nach Stalins Tod, wurde er wieder in den Verband aufgenommen, blieb jedoch nach wie vor das Angriffsziel dogmatischer Kräfte. Ein Sammelband mit Erzählungen konnte erst wieder 1956, zwei Jahre vor seinem Tod, publiziert werden. Ein ähnliches Schicksal erlitt Anna Achmatowa, die bis nach dem XX. Parteitag kein Buch mehr veröffentlichen konnte und von Übersetzungen leben mußte. Zwei 1946 gedruckte Auswahlbände wurden eingestampft.¹⁰⁵

2.2.3 Die Folgen der Parteierlasse von 1946/48

In kurzer Folge wurden 1946 zwei weitere ZK-Beschlüsse über das Theaterrepertoire (26. August) und über das Filmschaffen (4. September) gefaßt. Verspätet folgte ein Erlaß zum Musikschaffen (10. Februar 1948). Damit waren mit Ausnahme der bildenden Kunst alle Bereiche des ideologisch sensiblen Kulturschaffens stigmatisiert. Sämtliche Erlasse waren im gleichen Tenor abgefaßt und enthielten schwerwiegende Beschuldigungen gegen die verschiedensten Vertreter der „schöpferischen Intelligenz“, die durch Reden und Kommentare Sdanows noch ‚vertieft‘, wurden.¹⁰⁶ Auch so namhafte Komponisten wie Dmitri Schostakowitsch und Sergej Prokofjew blieben nicht verschont und wurden mit dem Vorwurf des volksfremden Formalismus bedacht. Dieser Begriff, der im Gefolge des Musik-Erlasses von 1948 ohne eine exakte Definition im wesentlichen der politischen Disziplinierung von Komponisten, Künstlern und Schriftstellern diente, wurde 1950/51 offiziell in der Kulturpolitik der DDR übernommen.¹⁰⁷

Zur effektiveren Beseitigung der in den Erlassen aufgeführten ‚Mängel‘ wurden Umstrukturierungen und Personalwechsel im Schriftstellerverband und in Zeitschriftenredaktionen vorgenommen. Auch dies war ein wiederkehrendes Funktionselement der sowjetischen Kulturpolitik. So erhielt z. B. der Leiter der Abteilung für Propaganda und Agitation des ZK der KPdSU, A. Jegolin, den Posten des Chefredakteurs der gescholtenen Zeitschrift „Swesda“, was die unmittelbare Parteikontrolle sichern sollte. Ebenfalls 1946 wurde der Lyriker Nikolai Tichonow als Vorsitzender des Schriftstellerverbandes abgesetzt und Alexander Fadejew zum Generalsekretär ernannt. Als Folge der Erlasse, die – obligatorisch – auf Versammlungen und in der Presse von Kritik und Selbstkritik zahlreicher Schriftsteller begleitet waren, erschienen in der Sowjetunion vermehrt „ideologisch richtige“, aber künstlerisch fragwürdige Werke mit stereotypen Figuren und Handlungsmustern, die „Gegenwartsthemen“, d. h. dem wirtschaftlichen „Aufschwung“ gewidmet oder gemäß der aktuellen Parteipolitik gegen die „Katzbuckelei vor dem Westen“ und gegen Amerika gerichtet waren. Die Methode des sozialistischen Realismus, die in den Werken

104 In einem Brief an Sostschenko vom 12. 10. 1948 führt Fadejew eine andere Begründung an, möglicherweise um der Ablehnung einen quasi rationalen Kern zu geben. Einige für die Aufführung verantwortliche Genossen seien der Ansicht, dem Stück fehle es an satirischer Schärfe. Der Feind werde nur als lächerlich dargestellt, das Wesen des Imperialismus nicht entlarvt. Die Zuschauer könnten daher zu einer völlig falschen Einschätzung „dem Bösen gegenüber“ gelangen. – Fadeev, Pis'ma, S. 245f.

105 Vgl. das Nachwort von I. Eventov zu Levonevskij, Istorija „Bol'sogo bloknota“, S. 202; Kasack, Lexikon der russischen Literatur, S. 17; sowie Eggeling, Die sowjetische Literaturpolitik, S. 73, zu Sostschenko S. 57f., 77, 257 (Anm. 19).

106 Vgl. Sdanow, Über Kunst und Wissenschaft.

107 Vgl. Krenzlin, Das „Formalismus-Plenum“, S. 52–62.

der 30er Jahre noch einen Rest an Dynamik und Variabilität aufweisen konnte, erstarrte nunmehr bei einem Großteil der entstehenden Literatur zum rein illustrativen Schema.¹⁰⁸ Die Parteikritik verschonte auch exponierte Persönlichkeiten wie Alexander Fadejew nicht. Nachdem Stalin 1947 eine Verfilmung seines während des Krieges entstandenen und mit einem Stalinpreis prämierten Romans „Die junge Garde“ gesehen hatte, zeigte er sich unzufrieden über die mangelnde Berücksichtigung der Partei und des Komsomol bei der Organisierung der im Untergrund agierenden Jugendlichen. An Fadejew erging im Zuge einer entsprechenden Pressekampagne die Aufforderung, den Roman umzuarbeiten, was ihn mehrere Jahre lang in Anspruch nahm. Die neue Variante erschien 1951.¹⁰⁹ An dieser Stelle ist ins Gedächtnis zu rufen, daß prägende Figur der sowjetischen Kulturpolitik Ende der 40er/Anfang der 50er Jahre Stalin selber war mit seinen zuweilen willkürlich erscheinenden, stets jedoch der Logik der Macht gehorchenden Eingriffen.

2.2.4 Zur Person Alexander Fadejews

Fadejew, Jahrgang 1901, war eine der schillerndsten Gestalten der sowjetischen Literatur und Literaturkritik. Bevor er Mitte der 20er Jahre mit seinem schon bald danach ins Deutsche übersetzten Roman „Die Neunzehn“ schlagartig bekannt wurde, hatte er bereits am Bürgerkrieg teilgenommen und war aktives Parteimitglied. Ende der 20er Jahre zunächst einer der Führer der dogmatischen Russischen Assoziation Proletarischer Schriftsteller (RAPP), war er seit Gründung des Schriftstellerverbandes bis zu Stalins Tod mit hohen Vorstandsfunktionen betraut. So hatte er von 1946 bis 1953 den Posten des Generalsekretärs inne. Darüber hinaus war er von 1939 bis 1956 Mitglied des ZK der KPdSU. Nach den Enthüllungen des XX. Parteitages, auf dem Michail Scholochow ihn als herrschsüchtig bezeichnet und eine Abrechnung mit seiner Rolle unter Stalin vorgenommen hatte, beging er Selbstmord.

Auf internationaler Ebene war er eine treibende Kraft der sowjetischen Friedenskampagne und wurde 1950 zum stellvertretenden Generalsekretär des Weltfriedensrates ernannt. Bereits im August 1948 hatte er auf dem Weltkongreß der Intellektuellen zur Verteidigung des Friedens in Wrocław die ideologische Zweiteilung der Welt durch heftige Angriffe auf die „dekadente“ westliche, angeblich dem amerikanischen Imperialismus verschriebene Kultur zementiert.¹¹⁰ Seine zahlreichen (kultur)politischen Funktionen mochten dazu geführt haben, daß er außer seinen beiden Romanen „Die Neunzehn“ und „Die junge Garde“ nur noch zwei unvollendete Romane und einige Erzählungen hinterlassen hat. Hinzu kam jedoch eine große Zahl literaturkritischer Beiträge. Nach eigenen Aussagen hat er selber unter seinen Verpflichtungen und der

108 Vgl. Dobrenko, *Fundamental'nyj leksikon*, S. 237–250. Allerdings gab es auch zu jener Zeit Werke, die nicht völlig in den Kategorien des sozialistischen Realismus aufgingen (z. B. von Viktor Nekrasow, Vera Panowa, Emmanuil Kasakewitsch u. a.). Diese bestätigen jedoch nur das dominierende Schema, dessen markantestes Beispiel Semjon Babajewskis Roman „Der Ritter vom Goldenen Stern“ bildete. Zugleich hatten die ‚Abweichler‘ eine Art Vorzeigefunktion gegenüber dem Ausland, das bei aller zunehmender Abkapselung nie ganz aus dem Blickwinkel fiel.

109 Vgl. Fadeev, *Sobranie sočinenij*, S. 557–566. Auch andere prominente Autoren und Literaturfunktionäre wurden mit der gleichen Begründung zu einem solchen Schritt gezwungen, wie z. B. Valentin Katajew bei seinem Roman „In den Katakomben von Odessa“ und Fjodor Gladkow bei „Zement“. Vgl. Kap. 4.2.5.

110 Vgl. Kap. 3.2.2.

daraus resultierenden literarischen Abstinenz gelitten.¹¹¹ Fadejew war einer der sicher nicht untypischen Literaturfunktionäre, die (unter Vorbehalt) gewissermaßen Täter und Opfer in einem sind.¹¹² Als treuer Diener der Partei setzte er – in ungezählten Sitzungen und Versammlungen – alle ihre je aktuellen literaturpolitischen Weisungen um und beraubte sich dabei der Möglichkeit zur schöpferischen Arbeit.

Auch die Erlasse von 1946 verteidigte er nach innen und nach außen.¹¹³ ‚Gezwungen‘, gegen je abweichende Kollegen vorzugehen, sie zu tadeln oder gar aus dem Verband auszuschließen, erkannte er andererseits oftmals, als Privatmensch, deren literarische Leistung an, und unterstützte sie ideell und materiell, um die von ihm als Funktionär vertretenen Maßnahmen abzufedern. So sorgte er dafür, daß Sostschenko und Achmatowa kurz nach ihrem Ausschluß aus dem Schriftstellerverband zumindest wieder die Dienste des für die sozialen Belange der Schriftsteller zuständigen Litfond in Anspruch nehmen konnten, was immerhin ihre Versorgung mit Lebensmittelkarten sicherte.¹¹⁴ 1948 wies Fadejew den Litfond an, Sostschenko zur Fertigstellung seines (letztlich doch nicht aufgeführten) Theaterstückes 2.000 Rubel auszuzahlen, und bemühte sich, ihm Übersetzungsaufträge zu verschaffen.¹¹⁵ Die tatsächlichen Opfer, wie Sostschenko oder der ebenfalls zu Lebzeiten stets vom Verdikt der „Abweichung“ bedrohte Boris Pasternak, erkannten möglicherweise den Zwiespalt in ihm und bedauerten ihn nach seinem Tode.¹¹⁶ Diejenigen, die ihn nach Stalins Tod systematisch als Repräsentanten des Regimes, von dem man sich nun offiziell distanzierte, demontierten, waren in der Regel die neuen (und oftmals auch schon die alten) dogmatisch ausgerichteten Literaturfunktionäre. Als aufrichtiger Verehrer Stalins empfand Fadejew gegenüber dessen Nachfolger Chruschtschow mit seiner jovialen Art und seinem – so Fadejew – weitaus geringeren Verständnis für Kunst und Literatur keinerlei Sympathie.¹¹⁷

111 Vgl. auch seinen Abschiedsbrief vom 13. 5. 1956, der erst 34 Jahre später veröffentlicht wurde: „Man machte aus mir ein Lastpferd; das ganze Leben trottete ich unter der Last stumpfsinniger, nicht zu rechtfertigender bürokratischer Angelegenheiten, die von jedem beliebigen Menschen hätten ausgeführt werden können.“ – *Izvestija* vom 20. 9. 1990.

112 Untypisch war sicher auch seine Alkoholabhängigkeit nicht, wobei es schwierig ist, das Verhältnis von Ursache und Wirkung zu rekonstruieren.

113 So z. B. in einem Artikel: *O postanovlenijach Central'nogo Komiteta partii po voprosam literatury i iskusstva*, in: Fadeev, *Sobranie sočinenij*, S. 448–460; oder im Gespräch mit Schriftstellern aus der SBZ während deren erster Delegationsreise in die Sowjetunion nach dem Krieg 1948. – Zum Thema „Sozialer Realismus“, S. 538.

114 Vgl. das Nachwort von I. Eventov zu Levonevskij, *Istorija „Bol'shogo bloknota“*, S. 204.

115 Brief Fadejews an Sostschenko vom 12. 10. 1948, in: Fadeev, *Pis'ma*; vgl. auch Žukov, Fadeev, S. 259f.; Ketlinskaja, *Živoj, dejstvujuščij*, S. 342. Kritischer resümiert Ehrenburg Fadejews Zwiespalt: „Natürlich wußte Fadejew, daß Babel kein ‚Spion‘, daß Sostschenko kein ‚Feind‘ war, daß Stalins Abneigung gegen Grossman oder Platonow unbegründet war. Aber zugleich wußte er noch etwas anderes: Für viele Millionen von kühnen und selbstvergessenen Menschen ist jedes Wort von Stalin Gesetz.“ – Ehrenburg, *Menschen, Jahre, Leben*, Bd. 3, S. 402.

116 Žukov, Fadeev, S. 329.

117 Dies geht auch aus dem schon zitierten Abschiedsbrief vom 13. 5. 1956 hervor (*Izvestija* vom 20. 9. 1990).

2.2.5 Vom Kampf gegen den „wurzellosten Kosmopolitismus“ bis zur Entlarvung der „Theorie der Konfliktlosigkeit“

Die auch von Teilen der Literaturkritik vermerkte mangelnde ästhetische Qualität vor allem vieler ‚ideologisch einwandfreier‘ Theaterstücke als Folge der Erlasse von 1946 führte zu einem spürbaren Zuschauerschwund. In (bewußter) Verkennung seiner Ursachen wurde daraufhin im März 1948 die Kürzung von Subventionen bei den Theatern dekretiert; die Theater sollten auf diese Weise dazu angehalten werden, wirtschaftlicher zu arbeiten und den Bedürfnissen des Publikums stärker Rechnung zu tragen, woran sie ja gerade durch die bisherigen Parteivorgaben gehindert worden waren. Dies führte indes dazu, daß nun zwar attraktivere, aber das immer noch gültige Gebot der Gegenwartsbezogenheit mißachtende Stücke, z.T. auch westlicher Provenienz, auf den Spielplan kamen. Das provozierte wiederum eine Gegenreaktion der Partei. Ihre Angriffe auf Theater und Theaterkritik, die solche, mit dem Verdikt „ideenarm“ versehenen Stücke zulassen würden, mündeten im Zeichen der sich verschärfenden Ost-West-Konfrontation und der vermehrten Propagierung des sowjetischen (später auch russischen) Patriotismus in eine Kampagne gegen den „wurzellosten Kosmopolitismus“, die gleichsam die Verschärfung des „Katzbuckelei“-Vorwurfs bedeutete. Etliche der nun angegriffenen Schriftsteller und Künstler waren jüdischer Herkunft, ihre russischen Pseudonyme wurden systematisch enttarnt. Den Betroffenen wurden Geständnisse abverlangt, daß sie dem sowjetischen Theater durch apolitische Stücke bzw. mangelnde Wachsamkeit hätten schaden wollen. Es erfolgten Ausschlüsse aus Partei und Schriftstellerverband, und es ergingen Anklagen wegen Verschwörung und Gruppenbildung im Untergrund, die im Falle namhafter jüdischer Schriftsteller, die Mitglieder des Jüdischen antifaschistischen Komitees waren, 1952 zur Vollstreckung des Todesurteils führten. In der Literaturwissenschaft wurde jede komparatistische Forschung, jegliches Nachweisen westeuropäischer oder anderer fremdländischer Einflüsse auf die russische Kultur unterbunden. Dies war eine speziell russisch-sowjetische Variante totalitärer Kulturpolitik, die sich einer Übernahme in den Volksdemokratien entzog. Die antisemitische Komponente fand einen unterschiedlichen Grad an Nachahmung, war jedoch selbst in der DDR präsent.¹¹⁸

Shdanow war bereits im August 1948 verstorben, nachdem er kurz zuvor sämtlicher Parteiämter enthoben worden war. Es ist wohl nur mit der gängigen und auch von ihm praktizierten Verquickung von Ideologie und Machtpolitik zu erklären, wenn er und seine Anhänger in Philosophie, Landwirtschaft, Biologie und Ökonomie bis etwa Mitte 1947, anders als in der Literaturpolitik, eine weniger dogmatische Linie vertreten hatten.¹¹⁹ So hatten sie zunächst z. B. das Lehrbuch zur westeuropäischen Philosophie des ZK-Sekretärs und Philosophen Georgi Alexandrow unterstützt, in dem nach Meinung der Gegner eine zu unkritische Haltung zum Gegenstand der Untersuchung eingenommen wurde. Ebenso machten sie damals gegen den Biologen Lyssenko und dessen Ablehnung der westlichen Vererbungslehre Front.¹²⁰ Im Zuge wachsender außenpolitischer Spannungen ab 1947, für die Shdanow gleichsam ein Promotor war, gab er auch im Inneren seine ‚Toleranz‘ gegenüber westlich orientierten Ansätzen auf dem Gebiet der Philosophie und

118 Vgl. Brandt, *Ein Traum, der nicht entführbar ist*, S. 190ff. Laut Brandt stand nach der Verhaftung der leitenden jüdischen Kremlärzte an der Jahreswende 1952/53 auch in der DDR die Überprüfung der Kaderunterlagen der jüdischen Parteimitglieder an. Zu den in Vorbereitung befindlichen Schauprozessen vgl. Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung, S. 3–15.

119 Vgl. Hahn, *Postwar Soviet Politics*, S. 94–113.

Biologie auf und gelangte damit zu einer kohärenten Hardliner-Position. Stalin ließ ihn jedoch letztlich zugunsten von dessen Rivalen Malenkow fallen. In der Kulturpolitik hielt sich mit Blick auf die von Shdanow wesentlich verantworteten Erlasse der Jahre 1946 und 1948 bis zu Stalins Tod 1953 die Bezeichnung „Shdanow-Ära“.

Ab 1950 tauchten in den Werkkritiken der Parteiorgane wieder ästhetische Kriterien auf, womit eine Abkehr von den ausschließlich auf die ‚ideologische Reinheit‘ ausgerichteten Beurteilungsmaßstäben signalisiert wurde. Man erkannte nun offiziell an, daß der Erziehungsauftrag der Literatur ohne künstlerische Gestaltung nicht eingelöst werden könne. Um ‚Mißverständnissen‘ vorzubeugen, erging jedoch zugleich die Warnung vor einer Loslösung ästhetischer Kategorien von denen des Inhalts. In Literaturwissenschaft und -kritik wurden nun vermehrt Klagen über die negativen Folgen der Hetzjagd gegen den Komparatismus laut, durch die alle Vergleichsmaßstäbe bei der Beurteilung von Literatur getilgt worden seien.¹²¹

Im Frühjahr 1952 distanzierte sich die Partei in einem Leitartikel der „Prawda“ „Das Zurückbleiben in der Bühnendichtung überwinden“¹²² von der nun so genannten „Theorie der Konfliktlosigkeit“. Diese beruhte auf der Annahme einer nunmehr von antagonistischen Widersprüchen freien Gesellschaft, die entsprechend auch in der Literatur keine Konflikte mehr brauchte. Diese Einstellung wurde jetzt mit dem Etikett „Lackierung der Wirklichkeit“ versehen. Bekenntnisse der Art, daß man bislang Lebendigkeit und Konflikte aus Bühnenstücken auch deshalb herausgehalten habe, um sie durch die Instanzen zu bringen, spiegeln die Atmosphäre jener Zeit wider.

Der „Prawda“-Artikel leitete jedoch keine allgemeine Entspannung in der Literaturpolitik ein. Es wurden sogleich auch die Grenzen gewiesen. So diente der Aufruf, auch negative Typen darzustellen, in erster Linie dazu, Überreste kapitalistischer Denk- und Verhaltensweisen in der eigenen Bevölkerung zu entlarven. Schönfärberische Werke hätten zu einem Abbau von Wachsamkeit geführt. Dem gleichen Ziel der Entlarvung sollte auch die Satire gelten. „Verleumdungen“ in der Weise Sostschenkos wurden nach wie vor als indiskutabel betrachtet. Parteilichkeit und Volksverbundenheit sowie der Aufbau des Kommunismus blieben als Orientierungsmaßstäbe für die literarische Produktion unangetastet. Die Erlasse von 1946–48 wurden in ihrer generellen Gültigkeit nicht in Frage gestellt. Die Mißstände in der Literatur der zweiten Hälfte der 40er Jahre lastete man der „schwachen Leitung“ des Schriftstellerverbandes an, die bestimmte Fragen des sozialistischen Realismus in Theorie und Praxis mißinterpretiert hätte. Auf dem XIX. Parteitag der KPdSU im Dezember 1952 wurde die seit April stattfindende Diskussion von Malenkow richtungsweisend zusammengefaßt. Dabei ging es besonders um den Begriff des „Typischen“, der nicht im Sinne des statistischen Durchschnitts zu interpretieren sei, sondern als etwas, das – den Gesetzen des historischen und dialektischen Materialismus entsprechend – den Keim einer

120 Ob Shdanow deshalb als „gemäßigt“ bezeichnet werden kann (vgl. Hahn, *Postwar Soviet Politics*, bes. S. 19f. und S. 67ff.) ist fraglich. Vielmehr stand vermutlich auch hier die jeweilige machtpolitisch motivierte Opposition zu Malenkow im Vordergrund.

121 Zur Rolle, die Stalins Schrift über die Sprachwissenschaft in diesem Kontext gespielt hat, vgl. Kap. 5.3.7.

122 *Pravda* vom 7. 4. 1952. Diesem Artikel ging ein gleichnamiger in der „*Literaturnaja gazeta*“ vom 26. 3. 1952 voraus. Hieran wird erkennbar, wie eine (vorsichtige) Initiative auf der Schriftstellerverbands-Ebene von der Partei aufgegriffen wurde und Weisungscharakter erhielt.